

Der Heimatdienst

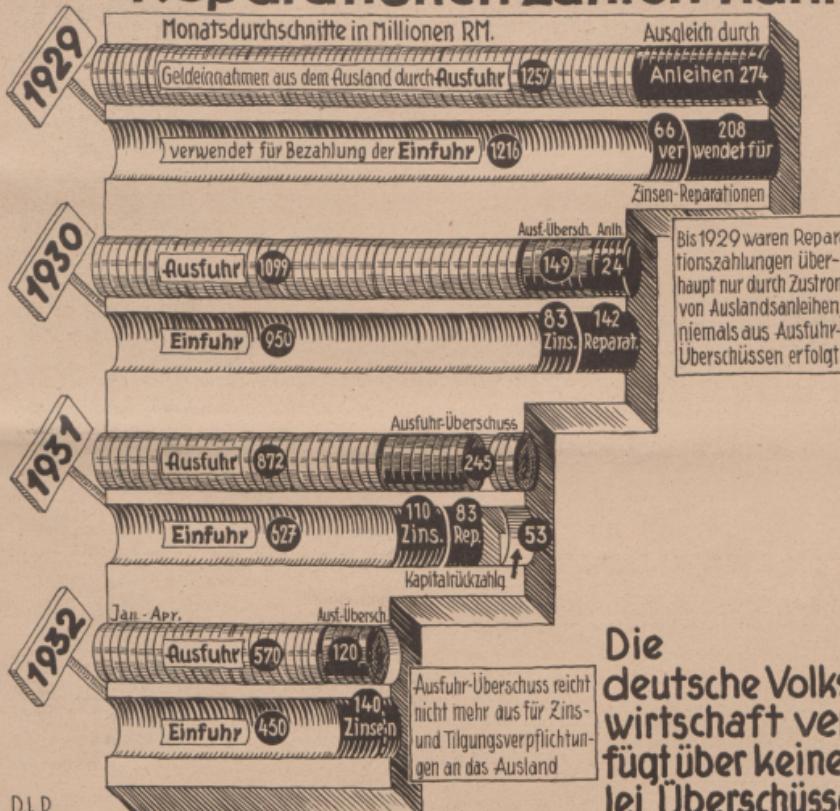
Mitteilungen der
Reichszentrale für Heimatdienst
Machthaber sämtlicher Wehrträge, mit Zusam-
menfassung der wichtigsten politischen und
sozialen Verhandlungen, nur mit Quellen-
angabe gestattet

Aus dem Inhalt: "Deutschlands Recht zur Einfordung der Reparationen, von
Oberstaatsrat Dr. Neidhardt Siegler, Die Reichsbehörde für Brüder-
und von Bayern / Die finanzielle Sicherheit und der Gute
Verein / Tonige Gedanken von Prälat Hiltl / Der Wett-
bewerb Reichsgericht von Reichskanzler Dr. Neidhart / Politische
Chronik / Zur Zeitgeschichte / Gustav Adolf und Wallenstein, von Hans Zöpf.

In Kommission:

Zentralverlag 6.- Mark
halbjährlich 3,25 Mark / Jährlich 6,50 Mark
erscheint zweimal monatlich
Durch jedes Postamt zu bezahlen

Warum Deutschland keine Reparationen zahlen kann



Deutschlands Recht zur Einstellung der Reparationen

Den Oberregierungsrat Dr. Wilhelm Heuler

Die Weltwirtschaftskrise hat den Bankrott des „Systems“ der „Reparationen“ gebracht. Aber dieser äußere Tatbestand verdeckt nur einen Prozeß moralischer Natur, der damit zu seinem Abschluß gelangt ist. Denn er macht nur vor allen Augen offenbar, daß dieses ganze im Desföllier Vertrag mißbräum aufgerichtete Gebäude vom ersten Tage an auf schlüpfrigen Boden gebaut war. Es hat rund zwölf Jahre gebaut. Aber wer die Schöpfungsgeschichte des Desföllier Vertrages studiert, der kommt jedem Zugeschluß daran zweifellos, daß diese Augenblüte eines Taos eintreten mußte.

zweiten, daß vieler augenscheinlich ein Tag gespart werden müsse. Es ist heute noch unmöglich, eine complete Entschließungsbeschreibung der „Reparations-“Verpflichtungen zu formulieren. Der Zusammenhang zwischen Reparationsverpflichtungen und Reparationsfrage ist jedoch von Hugo Bolzow in seinem Vortrag „Reparationskosten und Reparationsaufwand unter der Pariser Friedenskonferenz von 1919“ (B. G. Crümbach, Leipzig) angezeigt worden. Über das Zufügungswertes der materiellen Kosten ist man immer noch auf die Angaben umgestiegen. Denn die Schätzungsangestellte des ganzen Deutschen Vertrages ist von den Siegermächten mit einem dichten Schleier umgeben worden. Je mehr aber durch den oder jenen Rechtfertigungsversuch einzelne Bestelliger wie Wilson, Oberst House oder Lloyd George einschlägig da oder dort ein Zipfel dieses Schleiers gelöst wird, um so erfreulicher entblößt sich die Leichtfertigkeit und innere Unwahrhaftigkeit, mit der im Frühjahr 1919 bei der Schöpfung des Deutschen Vertrages gerade in der Reparationsfrage operiert worden ist.

Die britischen Verpflichtungen waren in der amerikanischen Sammlung Nr. 22 vom 5. November 1918 klar umrissen. Deutschland hatte durch Annahme dieser Note die Verpflichtung übernommen, die befehlten Gebiete zu räumen und wiederherzustellen. Und seine Gegner hatten diese Verpflichtung dahin interpretiert, daß Deutschland für allen durch seinen Angriff zu Wasser und zu Lande und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden Erfüllung leisten soll. Dadurch war ein rechtlich bindender Vertrag zustande gekommen, worüber keine Meinungsverschiedenheit unter allen Autoritäten der Welt besteht.

Wohl war diese Bedingung selbst nicht so präzis und klar ausdrücklich wie der ursprüngliche Wilson-Punkt, der allein von der Räumung des gesamten französischen Gebietes und der Wiederherstellung des befreiten Gebietes sprach. Aber trotz der erfolgten Ausweitung war die äußere Abgrenzung in vielerlicher Richtung absolut klar. Es konnte nur Schaden gesfordert werden, welches der Friedensförderung der Alliierten, aber nicht Militärappeisen, von östlichem Element zugestanden war. Es durfte nur Erfolg in der Höhe des tatsächlich entstandenen Schadens, nicht aber in Höhe irgendwelcher Neuanwendungen zur Erweiterung oder Verfestigung gefordert werden. Und schließlich konnten nur solche Staaten Ansprüche erheben, welche von Deutschland „angegriffen“ worden waren. In ganzen und gründlichster aber war klipp und klar jeder Anspruch auf „Kriegsentschädigung“ von vorherseiter abgewiesen und ausgeschaltet. In diesem Sinne ist der Sinn der Laning-Zöle vom 5. November 1918 über jeden Zweifel erhaben. Wer aber doch noch irgendwelche Zweifel daran begleiten sollte, der braucht nur in die Protokolle der Sitzung des „Obersten Kriegsrats“ vom 4. November hineinzuschauen, in denen der Wortlaut dieser Bedingung der Alliierten offiziell verabschiedet wurde. Damals wurde zum erstenmal der verhohlene Vertrag gewahrt, Ansprüche auf „Kriegsentschädigung“ in das System der Abmachungen hineinzupräzisieren. Dieser Anschlag in den Oberst-House unumstößlich abgewehrt worden, wie sich aus seinen „Papieren“ ergibt, die vor kurzem in gefälschter deutscher Überfassung (Union Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart) erschienen sind. Obwohl in der deutschen Überfassung dieser maßgebende Passus

leider unter den Tisch gefallen ist.

Aber diese Schlappe, das hat die Staatsmänner der Entente nicht davon abgehalten, diese Politik bei Zusammentritt der Konferenz sofort wieder aufzunehmen. So wurde die ganze Geschichte der Ausarbeitung der Reparationsbestimmungen weiter nichts als der systematische Versuch, die Reparationsbestimmungen des „Dortmundervertrages“ vom 5. November 1918 zur Festigung der in Wahrheit nie fallenen Ansprüche auf „Kriegsentwidligung“

zu missbrauchen.
Kein Wunder also, dass kein Kapitel der Schöpfungsgeschichte des Versailler Vertrages so planlos und verworren ist wie dieses. Es ist schlechthin chaotisch. Drei Kommissionen zum Studium der Reparationsfrage wurden am 25. Januar 1919 von der Friedenskonferenz abholzt nach ihrem Tagina eingeladen:

konferenzi als bald nach ihrem Beginn eingesetzt:

1. Über den Betrag, welchen die feindlichen Länder als Reparation zu bezahlen hätten.
2. Wieviel zu bezahlen sie imstande seien.
3. Durch welche Methoden und in welcher Form und innerhalb welcher Zeit die Bezahlung geleistet werden könne.

Keine von diesen drei Kommissionen ist zu einem Ergebnis gekommen, weil jede von ihnen durch den Gegenseitig zwischen „Reparation“ und „Kriegsschädigung“ hin- und hergespielt und schließlich lahmsiegt wurde. Die Amerikaner verteidigten die Position der Langzeit-Zone. Und es wird immer zu den Verdiensten der amerikanischen Fachmänner gekommen, daß ihr Vertreter Dulles am 19. Februar in feierlicher Form weigerte, sich zum Kompliment eines Worthuschens machen zu lassen. Das war also das Datum der Fachleute. Man ging unverhohlene Dinge auseinander. In demselben Stil hat sich diese Streitfrage durch die ganze Konferenz angedeutet und schließlich die Politiker in dem Schema des Artikels 25 und seiner Anlagen zu einer Einigung durch eine Häufung von Ausprächen gelangten, die sich von einer „Kriegsschädigung“ kaum noch, höchstens durch den Mangel an Mitteln entfernen. Belehrungsstil, unterschied. Der Engländer Keynes hat also bald nach Abschluß der Konferenz einige Episoden aus diesem Verderbungsverfahren in der „Dunckellammer“ der „feindlichen“ Konferenz ans Licht der Öffentlichkeit gegeben. Den entscheidenden Punkt hatte General Smuts durch seine pseudo-öffentliche Denkschrift geleistet, in der er den verwegenen Verdach unternahm, die Einzelbegleichung der Militärschäden in die „Reparations“-Summe zu schließen. Dieses Epos hat den Anlaß zum „Umfall“ des Präsidenten Wilson in der berühmten Sitzung der amerikanischen Delegation in der Bücherei des Präsidenten, während der die amerikanischen Delegierten erklärten, daß keiner von ihnen in den Raum sei,

ungen delegierten erklärten, daß keiner von ihnen in der Lage sei, einen Gutachten zugunsten des Entschlusses von Pensionen abzugeben, wenn die ganze Logik sprüche dagegen. Worauf der Präsident in die Worte austischte: „Logik! Logik! Ich treffe mich mit dem Teufel um, um die Logik der Pensionen nicht einzubringen.“ Mit Hilfe solcher Verdecktheit und Artifiziertheit ist zum Schluß wenigstens das Kriegsentschädigungs-Artikelstück der Siegermächte untergekommen, das nunmehr nach unten hin vor den Augen der Welt traurig in die Historie aufzutreten scheint, als handle es sich um eine Reparation. Die Verschleierungsmänner gelang dadurch, daß man im Artikel 23a Deutschland mit dem Schein der Korrektheit dazu verpflichtete, die der österreichisch-ungarischen Kriegsbeleidigung jeder der alliierten und assoziierten Mächte zugesetzten Schäden wieder gutzumachen¹ und daran den harmlosen Schöpfel anhingte: „sonst überhaupt alle Schäden, die in der Anlage I näher bezeichnet sind.“ In dieser Anlage I aber war die eigentliche „Kriegsentschädigung“² Rednung enthalten! Über den entscheidenden Punkt aber — die Festlegung der eigentlichen Summe — gelang selbst aus der Konferenz keine Einigung. Diese offizielleste Aufgabe hat die Konferenz der im Vertrag eingesetzten Reparationskommission als Erste überlassen. Deutlicher konnte ihre innere Zweifelpflicht und der Konflikt ihrer Staatsmänner nicht unter Beweis gestellt werden.

Das ist also eine Kette von moralischen Unsauberkeiten, juristischen Verderbungen und offenen Verfälschungen. Eine Kette von Verlöschern gegen Treu und Glauben und geschriebenes Recht. Es ist darum eine verdienstvolle Aufgabe, der sich Professor Dr. Friedrich Raab in seiner soeben erschienenen Monographie *Deutschlands Recht zur Einführung der Reparationen* (Verlag C. Schlemmer, Dresden) unterzogen hat, in streng wissenschaftlicher Methodik die Rechtsgrundlage aus der Vorgeschichte und dem Wortlaut des Verfasster Vertrages für die juristische Unhaltbarkeit der Reparationsbestimmungen in geschlossener Vollständigkeit zu entwischen. Zwei Theile hat er an die Spitze des Buches gesetzt. Die rechtliche Theorie: Deutschland ist *per Einführung der Reparationen beredt*.¹ Und die politische Theorie: Es liegt im politischen Interesse Deutschlands, sein Recht zur Einführung der Reparationen alsbald mit Nachdruck und mit allen gesetzten Mitteln geltend zu machen.² Alle damit zusammenhängenden juristischen Fragen werden gründlich, schärfsmäßig und mit zwingender Logik bearbeitet. Es ist zum erstenmal, daß dieser Verfuch in so abschließender Folgerichtigkeit unternommen wird. Auch auf den Dawes-Plan und den Young-Plan geht der Verfasser ein und führt den schäßlichen Nachweis, daß aus dem Vertragstaat, auf den diese Pläne aufgebaut waren, von der Gegenföderation durch ihre Prohibitionsmethoden in der Handelspolitik nicht unverhohlen werden. Raab liefert damit eine scharfe Waffe für die geistige und politische internationale Unruheförderung und Vertretung der deutschen Sache in der Reparationsfrage. Einen ähnlichen Verfuch, wenn auch nicht auf so ausgesprochen strenger juristischer Basis, unternimmt der befamte Rechtsanwalt Professor Dr. Friedrich Grim aus Eisen, der während des Ruheinbruchs durch die Vertretung deutscher Angeklagter sich einen Namen gemacht hat, in seiner Monographie *Das deutsche Nein — Schluß mit den Reparationen — Ein lechter Appell* (Bonifatius Verlagshaus, Hamburg). Er legt allerdings den Akzent mehr auf die allgemeine Gelehrtheit der Reparationen vom Waffenstillstand an bis zum heutigen Tag.

Es gibt nun einmal keinen überzeugenderen und durchschlagenderen Beweis für die innere Unwahrhaftigkeit und Unihaltbarkeit der im Versailler Vertrag Deutschland auferlegten genannten Reparationsansprüche nach dem Gesetz von Tres und Glauben im Rechtsleben als die eigene Geschichte der Entstehung der "Reparationsen". Und das sicherste Zeichen für das schlechte Gewissen der dafür verantwortlichen Staatsmänner ist die Tatsache, daß bis heute die Welt für ihre Unterstellung über dieses Anfangskapitel unserer eigenen Gegenwartsgeschichte auf gelegentliche Indiscretions angewiesen ist, weil die Protokolle der Friedens-Verhandlungen auch heute noch verliegt und verschlossen in den Archiven der Konferenz ruhen.

Auch Lloyd George, der sich in seinem längst erschienenen Buch "Die Wahrheit über Reparationen und Kriegsschulden" (Verlag für Kulturpolitik, Berlin) ziemlich freimüthig über dieses Thema ausspricht, hat sich gerade über diese erste Etappe der Reparationsgeschichte weidlich ausgeschwungen. Um so mehr ist ihm der Hinweis auf einen entscheidenden Punkt zu danken, nämlich darauf, daß durch die Nichtunterzeichnung des Versailler Vertrages durch die Vereinigten Staaten eine entscheidende Grundlage des vereinbarten und vom Deutschland bereit unterzeichneten Vertrages dem ganzen Bauwerk entzogen wurde. Wurde doch dadurch der Charakter der Reparationskommission die verantwortungslose amerikanische Mitgliedschaft in dieser Kommission die verantwortungsvolle Aufgabe eines obersten Schiedsrichters zufallen. So aber wurde durch Amerikas Austritt, gerade umgedreht, der am häufigsten interessierten Partei — Frankreich — der Präsidentenplatz mit entscheidender Stimme zugewiesen. "Das war nicht der Vertrag, den Deutschland unterzeichnet hatte." So schließt Lloyd George diesen Absatz seiner Ausführungen. Dieses Urteil von Lloyd George ist eine der wertvollsten Ergänzungen für unsere moralische und juristische Argumentation in der Reparationsfrage.

Die wirtschaftlichen Tatfakten sollten ja eigentlich allein für sich sprechen. Demnach auch auf diesem Gebiet ist voll und ganz

das in Erfüllung gegangen, was vom ersten Augenblick an als unentzündbare Logik von verantwortungsbewußten Experten auf der gegnerischen Seite vorausgesagt wurde. Was, nach Churchills Zeugnis, schon im November 1918 vor der durch die britische Finanzverwaltung eingesetzten Expertenkommission erklärt wurde, die ihr Datum dahin abgab, daß von Deutschland nur soviel an Zahlungen erwartet werden könne, als die Zahlungsempfänger bereit seien, selbst an Warenlieferungen anzunehmen, und was Lloyd George dementsprechend in der britischen Kabinettssitzung vom 24. November auseinandersetzte. Auch Bonar Law, der Nachfolger Lloyd Georges, hat auf dieses ehrne Urteilsgesetz des Wirtschaftsvergleichs schon während der Konferenz hingewiesen. Die Mifachtung dieser unumstößlichen Wirtschaftswahrheit hat sich bitter gekehrt. Denn die materielle Lage auf dem Gebiet der Reparationen ist heute nicht nur die, daß Deutschland nicht zahlen kann, sondern daß seine Zahlungen auch nicht angenommen werden können. Noch immer gibt es Kreise in der Welt, die sich gegen diese Erkenntnis wehren, weil sie ihnen bitter schmeckt. Man hat wieder keine Zähne bindisch nicht hören wollen. Jetzt muß man fühlen. Die Welt aber windet sich darob unter Schmerzen. Man glaubt, teilweise noch auf seinem Schein bestehen zu können.

Demgegenüber gibt es kein kompetenteres Urteil als das von Lloyd George, des trotz seiner Beschwörungen autoritätsstrebenden Interpreten des Versailler Diktates:

"Obwohl ich eine führende Rolle bei der Absaffung des Vertrages gespielt habe, beanspruche ich doch nicht das Recht, mit besonderer Autorität über seine Auslegung sprechen zu dürfen. Aber ich spreche es so deutlich aus, wie ich nur kann, daß es nach meiner Ansicht und unter den gegenwärtigen Umständen keine Verletzung der Heiligfeld des Verfassers des Vertrages bedeuten kann, wenn eine Vereinbarung mit dem Ziele zuhanden kommt, alle weiteren Reparationsforderungen an Deutschland zu streichen. Sie wäre im Gegenteil der richtige Weg, um ihn zu erfüllen und ihm gerecht zu werden."

Im ersten Juliheft 1928 veröffentlichte wir eine Zusammenfassung der Reichskabinette von Scheidemann (1919) bis Hermann Müller (1928); wir geben heute die Fortsetzung der Reihe:



Erstes Kabinett Brüning
vom 1. 4. 1930 bis 6. 10. 1931

Reichskanzler: Dr. Brüning (Zentrum)	Reichsfinanz: Dietrich (Staatspartei) 26. 6. 1930 ernannt	Reichsjustiz: Dr. Bredt (Wirtschaftspartei), Rücktritt 25. 11. 1930
Innen: Dr. Wirth (Zentrum)	Wirtschaft: Dietrich (Staatspartei)	Reichernährung: Schiele (Deutschnational)
Außen: Dr. Curtius (Deutsche Volkspartei), 6. 10. 1931 zurückgetreten	Reichswohr: Groener (parteilos)	Reichsverkehr: v. Guérard (Zentrum)
Reichsfinanz: Dr. Molkenhauer (DVP) Rücktritt 20. 6. 50	Reichspost: Dr. Schübel (Bayr. Volkspartei)	Bevölkerungsgebiete: Trebitsch (Volkskonservativ)
	Reichsarbeit: Dr. Steigerwald (Zentrum)	

Zweites Kabinett Brüning
vom 6. 10. 1931 bis 30. 5. 1932

Reichskanzler: Dr. Brüning (Zentrum)	Reichsfinanz: Dr. Dietrich (Staatspartei)	Reichswirtschaft: Dr. Warmbold, parteilos (zurückgetreten am 6. 5. 32, vertreten durch Staatssekretär Trenckenhäuser parteilos)
Innen: Dr. Groener (parteilos)	Reichsarbeit: Steigerwald (Zentrum)	Reichsverkehr: Trebitsch (Volkskonservativ)
Außen: Dr. Brüning (Zentrum)	Reichspost: Dr. Schübel (Bayr. Volkspartei)	Reichsjustiz: Dr. Joel (parteilos)
Reichswehr: Dr. Groener (zurückgetreten am 12. 6. 1932 als Reichswehrminister)	Reichernährung: Dr. Schiele (parteilos)	

Kabinett v. Papen Amtsantritt: 2. 6. 1932

Reichskanzler: von Papen	Reichswirtschaft: Prof. Dr. Warmbold	Reichernährung und Ostkommissariat: Dr. Braun
Außen: Frhr. von Neurath	Reichswehr: von Schleicher	Reichsarbeit: Schaeffer (am 7. 6. 32 ernannt)
Innen: Frhr. von Gayl	Reichspost- und Reichsverkehr: Frhr. von Eich-Rübenach	Staatssekretär in der Reichsfinanz: Plaß
Reichsfinanz: Graf Schwerin von Krosigk	Reichsjustiz: Dr. Gürtner	Reichspressechef: Dr. Ritter von Kaufmann-Außer



Reichsinnenminister Freiherr von Gayl vor dem Reichsrat am 9. Juni 1932.

„Ich bin der Überzeugung, daß in diesen Zeiten des Kampfes um Sein oder Nichtsein die Frage der Staatsform, Republik oder Monarchie, keine Frage ist, die unsere Zeit, geschiwege denn die gegenwärtige Reichsregierung zu lösen haben. Wir sind mit dem ganzen Volk heute so mit Lasten und Nöten schwerster Art beladen, daß wir erst versuchen müssen, dieser Burden ledig zu werden, ehe wir überhaupt die Möglichkeit haben, uns mit der Staatsform zu beschäftigen. Höher als die Form steht der Staat der Deutschen, den zu retten unsere einzige Pflicht ist.“

„Mit Unterstützung des ganzen Kabinetts, und mit beiderer Freude und Liebe werde ich mich der Pflege des Deutstums innerhalb und außerhalb der Grenzen des Reiches annehmen, soweit die allgemeine Finanzlage mit das im Augenblick gestattet. Auch an die Erhaltung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens unserer schwer getroffenen Grenzgebiete im Osten, Westen, Norden und Süden werde ich mit Eifer arbeiten, wie ich es bisher für meine engere Heimat getan habe, in dem Bewußtsein, daß die Erhaltung unserer Grenzgebiete eine Lebensnotwendigkeit für die Nation ist, die nur erfüllt werden kann, wenn die Sache dieser Gebiete Sache des ganzen deutschen Volkes ist und bleibt.“

Reichsnährungsmiester Freiherr von Braun vor dem Deutschen Landwirtschaftsrat am 11. Juni 1932.

„Nach der neuesten Verhöldungserhebung der Rentenbank-Kreditanstalt sind mehr als 12 Millionen Morgen landwirtschaftliche Fläche zu mehr als 100 Prozent des Einheitswertes verschuldet. Vier Millionen Morgen haben eine Verschuldung zu verzeichnen, die über 150 Prozent des Einheitswertes beträgt. Die Tatsache, daß von diesen vier Millionen Morgen 1,8 Millionen auf Westdeutschland entfallen, beweist, daß im ganzen Reich alle Betriebsformen und alle Größenklassen auf das schwerste unter der Agrarkrise leiden. Seit zwei Jahren ist auch zu beobachten, daß in Westdeutschland, wo die dauerliche Struktur durchweg vorberichtet, die Verhöldung schneller zunimmt als im Osten. Nach den neuesten Buchführungsgegebnissen des Deutschen Landwirtschaftsstaates ist nur noch etwa ein Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe in der Lage, die Einnahmen aus den Reinerträgen zu bezahlen. In allen anderen Fällen werden die Zinszahlungen auf Kosten der Substanz vorgenommen.“

Wesentlich für die Ursachen der Verlustwirtschaft in der ganzen Nachkriegszeit ist die flassende Preisschere, das Mißverhältnis zwischen den Produktionskosten und den Einnahmen. Die Preisschere hatte sich in den letzten Jahren zwar etwas verringert, jedoch wird sie auch in ihrer jetzigen Höhe noch für die Landwirtschaft vernichtend. Die Spanne zwischen den Produktionskosten, die gegenwärtig bei 123 stehen, und einem Agrarindex von 93,4 im Mai 1932 beträgt gegenwärtig rund 30 Punkte. Eines der Ziele der Agrarpolitik muß demnach die Schließung dieser Preisschere sein. Mit speziellen Agrarmaßnahmen allein ist das nicht möglich. Insbesondere hängt die Beeinflussung der industriellen Produktionskosten in stämmigster Maße zusammen mit den Gesamtfragen unserer Wirtschaftspolitik.“

Auf den Märkten für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse macht sich durchweg die Verarmung unserer Bevölkerung bemerkbar. Infolge Kaufkraftverminderung hatten wir zu verzeichnen eine Bedarfserminderung bei Weizen um mindestens 10 v. H., bei Milch um etwa 10 v. H., bei Butter um 5 v. H., bei Bulet um 13–18 v. H., bei Bier um 40 v. H. und bei Weintrauen sogar um 75 v. H. Beim Fleisch konnte ein Konjunkturübergang nur durch den ungeheuren Lieftand der Fleischpreise vermieden werden. Somit wird das Arbeitslosenproblem in hohem Maße auch ein agrarisches Problem — eine Abfallfrage, wenn es auch zunächst als eine Angelegenheit von rein städtischem Charakter erscheint, denn von den rund 6 Millionen Arbeitslosen entfielen im vergangenen Winter nur 300 000 auf die Landwirtschaft und 5,7 Millionen auf die Städte. Der städtische Arbeiter ist aber auch unmittelbar abhängig von der Kaufkraft des Landwirts, von der Stärkung des Binnenmarktes, weil davon die Arbeitsmöglichkeit unserer Industrie abhängt. Städtischer Konsum und landwirtschaftlicher Produzent bilden eine Interessengemeinschaft auf Gedeih und Verderb.“

Die kommunale Finanzwirtschaft

Von Dr. Otto Venneke, Beigeordneter des Deutschen Städtebundes

Im Rahmen der deutschen öffentlichen Verwaltung sind die Gemeinden am unmittelbarsten an der Erfüllung öffentlicher Aufgaben beteiligt. Kraft der Universalität ihrer Zuständigkeits, die weit über das Môh derjenigen Befähigung hinausgeht, die im allgemeinen den Gemeinden in anderen Staaten eingeräumt ist, haben sie einen überaus weitgesogenen Aufgabenkreis. Diese Aufgaben sind im wesentlichen Wohlfahrt- und Gesundheitswesen (Armenfürsorge, Krankenfürsorge, öffentliche Bildungs- und Schulwesen, Straßenbau und Wohnungsbau, Versorgung des Bevölkerung mit Wasser, Gas, Elektrizität und Verkehrsleistungen). Die Gemeinden haben überall dort verwaltend und delfend einzuspringen, wo keine besonders gesetzliche Verpflichtung für Reich oder Länder besteht. Dies hat sich in den letzten Jahren insbesondere bei der Erwerbslosenbetreuung bemerkbar gemacht, da alle nicht von der Arbeitslosenversicherung oder der Kriegsfürsorge betreuten Arbeitslosen — namentlich langfristig Arbeitslose — von den Gemeinden erbalten werden müssen. Auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge ist den Gemeinden so während der Krise in wenigen Jahren ein gewaltiges neues Arbeitsgebiet entstanden, das ihre gegenwärtige Finanzlage auf schwerste belastigt. Nach dem Stande des Rechnungsjahrs 1931 betrugen die Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände rund 7 Milliarden RM, oder rund 50 v. H. des gesamten öffentlichen Finanzbedarfs (ohne Kriegslasten und Wehrmacht).

Der durch Steuern zu deckende Bedarf der Gemeinden verteilt sich im Rechnungsjahr 1931 auf die wichtigsten Aufgabengebiete wie folgt:

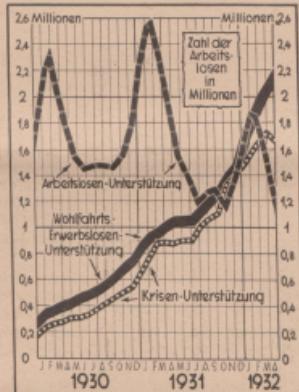
Wohlfahrtswesen	46,0 v. H.
Schul- und Bildungswesen	17,5 v. H.
Straßenbau	10,2 v. H.
Wohnungsbau	4,7 v. H.
Andere Aufgaben	21,6 v. H.

Neben dem Schulwesen, dem Straßen- und Wohnungsbau steht — bei weitem an erster Stelle — das Wohlfahrtswesen. Dieses beanspruchte 1931 46 v. H. des Gemeindezuflusses. Mittlerweile sind durch das weitere Ansteigen der Erwerbslosenzahlen und die Einführung der übrigen Ausgaben die Kosten der Wohlfahrtspflege und der Erwerbslosenhilfe auf mehr als 50 v. H. des gemeindlichen Ausgabenbedarfs angewachsen.

Die beispiellose Steigerung der Ausgaben der Gemeinden für das Wohlfahrtswesen hat zwei Gründe: die Verarmung weitester Bevölkerungsschichten durch den Krieg und insbesondere durch die Inflation, die das Vermögen des einzelnen völlig vernichtet hat und ihn der öffentlichen Fürsorge zur Last legt. Der zweite noch entscheidendere Grund für die Wohlfahrtbelastung der Gemeinden ist die ständige Zunahme der langfristig Erwerbslosen, für die sie allein einzusiehen haben.

Zahl der Erwerbslosen in gemeindlicher Fürsorge am Ende des Rechnungsjahres		Gemeindliche Erwerbslosenlasten im Rechnungsjahr in Millionen RM.
1929	450 000	270
1930	1 027 000	605
1931	2 120 000	1 115
31. 5. 1932	2 250 000	1 550
		(in ganzen Rechnungsjahr 1932)

Die Dreiteilung der Arbeitslosen



Erwerbslosen mit durchschnittlich einer Marke täglich ihren gesamten Lebensbedarf für sich und ihre Familie einschließlich Wohnungsmiete befreiten müssen, können auch diese Mittel von den Gemeinden wegen des gewaltigen Arbeitslosenhunders nicht mehr aufgebracht werden.

Die finanzielle Lage der Gemeinden und die Sorge um die Aufbringung der Erwerbslosenunterstützungen ist deswegen so besonders er schwert, weil gleichzeitig mit den steigenden Wohlfahrtslasten die Steuereinnahmen und die Erräge des Erwerbsbetriebs (Verfassungs- und Verkehrs betriebe) bedrohlich zurückgegangen sind. Bei einer Zunahme der Erwerbslosenlasten um rund eine Zinnahe der Erwerbslosenlasten um 1,5 Milliarden gegenüber 1929, sind die Steuereinnahmen gleichzeitig um den gewaltigen Betrag von rund 1,3 Milliarden zurückgegangen, so daß sich der finanzielle Status wesentlich um etwa 2,5 Milliarden verschlechtert hat. Die Steuereinnahmen betragen in Millionen RM.: im Rechnungsjahr 1929 4340, davon Reichs überweisungssteuern 1600; im Rechnungsjahr 1932 voraussichtlich 3050, davon Reichs überweisungssteuern 980.

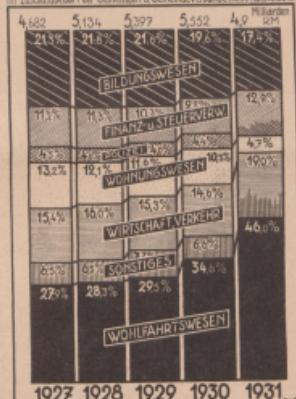
Die Steueraufgang ist eingetreten, obwohl die den Gemeinden neu eröffneten Notsteuern (Bürgersteuer, Gemeindepflegersteuer, Getränkesteuer) vollkommen ausgeschöpft wurden. Die Zunahme der Erwerbslosenlasten bei gleichzeitigem katastrophalem Rückgang der Steuereinnahmen zeigt deutlich, in welche unheilvolle Situation die Gemeinden hingekommen sind. Den Erwerbslosenlasten, die den Gemeinden durch die Gesetzgebung des Reichs aufgeschoben worden sind, stehen am Aufbringung der Erwerbslosenlasten von Jahr zu Jahr ab fallende Einnahmen gegenüber. Das Verhältnis zwischen Erwerbslosenlasten und Reichsüberweisungssteuern entwickelte sich seit 1929 in ungünstiger Weise wie folgt:

Gemeindliche Erwerbslosenlasten in v. B. der Reichsüberweisungssteuern: 1929 16,9, 1930 41,0, 1931 158,6.

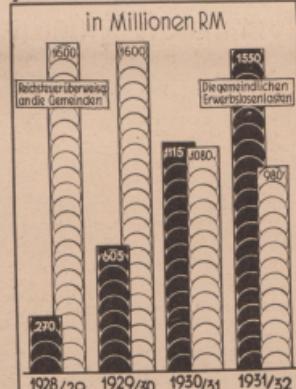
Die Gemeinden haben der Entstörung ihrer Haushalte durch steigende Wohlfahrtslasten und Steueraufgang durch einen einschneidenden Ausgabenabbau vorzubringen versucht. Auf Empfehlung des Südtages sind zur Abdichtung der entstandenen Fehlbeträge in den Städten auf allen Verwaltungsgebieten Ausgabenabfälle und Ersparnisse vorgenommen worden, die durch einen Anteil von 35 v. H. am gesamten kommunalen Finanzbedarf sowie Wohlfahrtslasten erkenntlich waren, wie außerordentlich stark der Wille zur Selbsthilfe geblieben ist. Kein gemeindliches Aufgaben-

Das Ansteigen der Wohlfahrtslasten

im Zuschussbedarf der Gemeinden u. Gemeindeverbände (ohne Haushalte)



Reichsteuerüberweisungen und gemeindliche Erwerbslosenlasten



Die Mittel der Gemeinden, die sie derart bezeichnen, daß nicht mehr die notwendigsten Investitionsförderungsarbeiten geleistet werden können. Die kulturellen Ausgaben der Städte, die gleichfalls überall stark gefüllt sind, haben in einzelnen Gemeinden völlig gestrichen werden müssen. Die Ausgaben, die die Städte zur Förderung der Leibesübungen in den Jahren nach dem Kriege bis 1927 haben machen müssen, um wenigstens etwas von öffentlicher Seite für die Erziehung der Jugend zu tun, sind auf ein Minimum begrenzt worden. Was den Städten heute noch insgesamt an Ausgaben geleistet wird, kann noch als Primitivprogramm bezeichnet werden, denn es erfordert sich fast ausschließlich auf die Zahlung der notwendigen, scharf reduzierten Gehälter, der Fürsorgeunterstützungen, die dringend gesuchten Sachausgaben im Schul- und Gesundheitsgebiet und auf die Aufbringung des Schuldenlasten.

Bei der gegenwärtigen reduzierten Ausgabenhöhe spielt der Schuldenlasten wagen seiner eigenen Größe eine viel einschneidendere Rolle als zu Zeiten normaler Finanzwirtschaft. Die Gemeinden haben trotz der schweren Belastungen ihren Schuldenlasten insbesondere gegenüber dem Ausland laufend erfüllt, und sie werden ihn weiter tragen, wenn ihnen im Wohlfahrtshaushalt die dringend geforderte Entlastung zuteilt wird. Betrachtet man die Gemeinden in ihrer Gesamtheit, so muß es als unzutreffend bezeichnet werden, wenn des öfteren behauptet wird, daß sich die deutschen Kommunen bei ihrer Kreditwirtschaft übernommen hätten. Gewiß ist das Tempo der Verschuldung seit 1924 höher als sonst gewesen, das hängt aber damit zusammen, daß in dieser Zeit von den Städten auf allen Gebieten die Verpfändungen von zehn Kriegs- und Nachkriegsjahren nachgeholt werden mußten. Gegenüber dem Ausland sind die Ge-

meinden nur mit dem relativ geringen Betrag von 700 Mill. RM. verschuldet, von denen 650 Mill. RM. langfristig und nur 50 Mill. Reichsmark kurzfristig aufgenommen wurden; demgegenüber beträgt die Gesamtverschuldung der Gemeinden etwa 10 Milliarden RM. Die ausländischen Geldmittel sind ausschließlich dem Ausbau oder der Erneuerung der kommunalen Werke, insbesondere der Verförgungsbetriebe und der Verkehrsunternehmen, zugeslossen, haben also eine produktive und rentierliche Verwendung gefunden. Durch die amföliche Schuldenpolitik des Reichs sind 95 v. H. der Auslandskredite aus den Werken und Betrieben zugeslossen nachgewiesen worden. Auch die inländische Schuldenaufnahme hat, in der Gesamtheit gesehen, nur lebensnotwendige Aufgaben, insbesondere dem Kleinwohnungsbau, dem Straßenbau, dem Grundstoffswezen, der Kanalisation, der Schuleserhaltung, dem Wohlfahrtswesen (6 v. H.) und den Verförgungsbetrieben (20 v. H.) gedielt. Für nicht dringliche Aufwendungen (Lizenzausgaben) sind in der Vergangenheit nur verhältnismäßig geringe Beträge ausgegeben worden, sie machen insgesamt nicht viel mehr als 1 v. H. der gesamten kom-

munalen Investitionen aus und sind dazu in einer Zeit gemacht, in der man an derartige Dinge weiterzige Möhstäbe anzulegen pflegte.

Die Höhe der Wohlfahrtslasten gibt heute dem Gemeindehaushalt das Gesicht. Ohne die Kosten der Erwerbslosenfürsorge wären die kommunalen Staats heute vollkommen gesund und ausgleichlich. Solange jedoch die Wohlfahrtsausgaben keine Verminderung erfahren, verhindern sie die ordnungsmäßige Aufstellung des Staats und bedrohen entscheidend die laufende Weiterführung der bisher noch aufrechterhaltenden Zahlungen. Die Gemeinden stehen wegen der Regelung dieser Lebensfrage mit der Reichsregierung in engster Füllung. Über eine Reform der gesamten Arbeitslosenhilfe durch einheitliche Betreuung der Erwerbslosen bei den Gemeinden bei wesentlicher Beteiligung des Reichs und den Gemeinden muss eine fahrbare Entlastung der Kommunalfinanzen verwirklicht werden. Allein durch eine solche Maßnahme könnten die gemeindlichen Haushalte wieder zum Ausgleich gebracht und die Gemeinden insland gesetzt werden, ihre laufenden Verpflichtungen normal zu erfüllen.

Traurige Gedenktage

Von Prälat Ullfu, M. d. R.

Die Frühjahrstage des Jahres 1922 waren Tage von höchster Bedeutung für unsere oberschlesische Heimat. Zehn Jahren ist sich zum zehntenmal. Es waren Tage der Erlösung. Von den Geänderten, die der interalliierten Kommission als Sitz dienten, wurden die fremdbaulichen Flaggen heruntergezogen und an ihrer Stelle die deutschen Hoheszelzen emporgesegnet. Das bedeutete das Ende einer Zeit schwerer Leiden und Opfer, der Enteignung und danger Erwartung für das schwarzgeprägte Gebiet; das Ende politischer Kämpfe und blutiger Auseinanden. Die interalliierte Kommission war nach Über schleichen gekommen, um eine freie und unbeteilte Abstimmung der Bevölkerung über ihr Schicksal zu sichern und Frieden und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten. Sie hat ihre Aufgabe nicht erfüllt. Die Begünstigung der polnischen Mitglieder der Kommission war offensichtlich; auch an dem Schuh der beständigen Künsten gegen die Gewalttataten polnisch-rechts haben sie es in bedenklicher Weise schaffen lassen, ja die französischen Besatzungstruppen haben sie geradezu begünstigt. Der Abzug der interalliierten Kommission und ihrer Truppen wurde daher als Erfolg empfunden.

Es waren aber auch Tage tiefsten Schmerzes und tiefster Trauer. Während über dem deutsch verbliebenen Gebiet die deutsche Flagge gehisst wurde, senkten sich die Grenzschlagbäume mitten durch unser Oberschlesien. Der Genfer Spruch, der die Teilung Oberschlesiens ausgesprochen hatte, wurde durchaus Wirklichkeit. Ein in Jahrhunderten gewachsener Wirtschaftsorganismus wurde zerrissen, eine trostlos Verwölktheit der Muttersprache eng verbundene Volksgemeinschaft wurde gelöst, hunderttausenden Volksgenossen wurde die Heimat zur Fremde. Die schmerzliche Abschiedsstunde schlug für sie und die im deutschen Mutterlande Verbliebenen. Im Reichstage erschienen zum letzten Male die Volksvertreter des abgetrennten Gebietes. Erregende Abschiedsworte wurden gewechselt. Der Führer der deutschen Delegation bei den Verhand-

lungen über die oberschlesische Frage in Genf, Reichsminister a. D. Schiffer, rief den Scheidenden die Worte zu:

„Erfüllt eure staatsbürglerlichen Pflichten bei der polnischen Regierung. Unbeschadet dieser Pflicht steht ihr euer deutsches Leben weiterzuführen nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in kultureller und seelischer Hinsicht. Arbeitet weiter, aber bleibt auch im freien Lande gute Deutsche!“

Die Antwort darauf gab tiefsinnig im Namen der Deutschen des abgetrennten Gebietes Abgeordneter Schulrat Szepozon:

„Im Namen der Deutschen Oberschlesiens habe ich Ihnen einige Worte des Abschieds zu sagen. Wir haben aus Vaterlande und Rechtsstamm für Deutschland gewählt. Der Dörflerbund hat den Willen der deutschen Masse mitgetragen und den lebendigen Organismus Oberschlesiens zerrissen. Über zweitausend deutschstämmige Bewohner werden durch eine willkürlich gezeichnete Grenze zu polnischen Staatsbürgern gemacht. Wir werden unsere staatsbürglerlichen Pflichten erfüllen, aber unser deutsches Volksstamm werden wir nicht aufgeben. Unsere Geduld und Geduld kann uns kein Machtspurz aus dem Herzen reißen.“

Dem Sprecher in besonderer Freundschaftsverbunden, widmete auch ich den Scheidenden ein Abschiedswort. Ich kennzeichne den Genfer Sprach mit folgenden Worten:

„Die Entscheidung über Oberschlesien ist und bleibt juristisch ein Rechtsbruch, politisch eine Tschel, wirtschaftlich ein Verbrechen.“ Die Richtigkeit dieses Urteils wurde bestätigt durch die spontane kommende Zustimmung des Reichstagsplenums. Sie ist vor allem bestätigt durch die Entwicklung, die Oberschlesien infolge der Fehlentscheidung genommen hat, und auf die wir heute, zehn Jahre nach dem Spruch von Genf, juristisch blicken. Der Spruch von Genf ist ein ellastisches Urrecht. Es war von vornherein ein Unrecht, die staatliche Zugehörigkeit Oberschlesiens überhaupt in Frage zu stellen. Die Abstimmung ist unter Umständen vorstatten gegangen, die eine freie und unbeteilte Entscheidung



der Bevölkerung verhindert haben. Vor allem ist die Auswertung des Abstimmungsergebnisses nicht objektiv und im Gegensatz zu den von den verantwortlichen Männern selbst aufgestellten Bestimmungen erfolgt. Das Verhältnis des an Oberschlesien begangenen Rechtsbruches hat sich bis heute ungünstig erhalten, ja ist ständig verschärft und wird niemals erlöschten.

Politisch war der Spruch von Genf eine Tschelk. Die an ihm beteiligten Mächte hatten gesagt — sie hatten das wenigstens vorgesehen —, durch diese Entscheidung dem Frieden unter den Völkern zu dienen. Dieser Glaube hat sich als Wahn erwiesen. Unrecht kann nie die Grundlage wahren Friedens werden. Soll ein freundlich-nachbarliches und geistliches Verhältnis zwischen Deutschland und Polen wird die unredtmäßige erfolgte Trennung unvermeidlich deutschen Gebietes jetzt als Hindernis im Wege stehen. Der gesuchte Zustand wird ein Herd des Unfriedens bleiben, nicht bloß für die nachbitterlichen Staaten und Völker, sondern bei der engen Verbindung der Völker untereinander auch für ganz Europa und darüber hinaus. Das sagt nicht bloß der an der Besiedlung der Völker interessierte Deutsche, sondern das in auch die Ausschluss einfließender und unbefangener Politiker aus anderen Völkern. Man hat das Wort vom „Eisach-Lothringen im Osten“ geprägt.

Wirtschaftlich war die Zerreiung Oberschlesiens und die Loslösung eines Teiles von Deutschland ein Verbrechen. Sie bedeutet für das deutsch vertriebene Oberschlesien einen schweren Verlust. Die Grenze geht sogar durch einzelne wirtschaftliche Betriebe. Die Verschiedenheit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, unter denen die voneinander getrennten Teile derselben Unternehmungen bestehen müssen, verhindert eine fruchtbare Bewirtschaftung. Millionen deutsches Geldes gehen dabei verloren. Die Schöpferarbeiten, in welche große industrielle Unternehmungen in Deutsch-Oberschlesien geraten sind, sind nicht zuletzt auf diese unheilvollen Zustände zurückzuführen. Aber auch für das politisch gewordene

Oberschlesien wirkt sich die Zerreiung Oberschlesiens unheilvoll aus. Die wirtschaftliche Lage dieses Gebietes ist krotlos. Große Werte, die Polen so leidenschaftlich begehrte, liegen heute still. Die Arbeitslosigkeit ist erstaunlich. Was vor der unheilvollen Entscheidung von uns immer wieder hervorgehoben, aber nicht beachtet wurde, ist jetzt durch die Erfahrung von zehn Jahren festzustellen, d. h. dritter Erkenntnis geworden. Oberschlesien war dank des günstigen Ausgleichs zwischen Agrarwirtschaft und Industrie, zwischen Produktion und Absatz eine glückliche wirtschaftliche Einheit. Diese Einheit ist zerstört, und die getrennten Teile können für sich nicht lebensfähig werden.

Das Bild, das Oberschlesien zehn Jahre nach der Entscheidung von Genf bietet, ist traurig. Wir haben es nicht anders erwartet. Die aber, welche sich von dem Antritt an Polen Gewinn und Glück versprochen, sind bitter enttäuscht. Wenn heute nach den gemachten Erfahrungen eine Volksabstimmung stattfände, so würde ein Ergebnis bringen, das, am 20. März 1921 gezeigt, die Ententebedingungen gewonnen haben würde. Oberschlesien eingestellt bei Deutschland zu laufen. Das abgetrennte Oberschlesien fühlt es immer mehr, daß es lediglich Auslebensobjekt für Polen ist. Der Oberschlesier, auch der, der sich zum Polentum bekannt, wird vom Galizier und Kongresspolen immer mehr verdrängt, hat in seinem eigenen Land nichts zu sagen, ist in seiner Heimat fremd geworden. Niemand kann sich vorstellen, wie ungünstig unter solchen Verhältnissen er für Oberschlesien ist, der bei alle Loyalität gegenüber dem Mutterland unterdrückt, trotz Minderheitenschutzes in seinem Volkstum gehemmt und vergewaltigt, ist er in seiner Heimat ein Dernaner. Er ist die Gegenwart, dunkel die Zukunft. Unser Trost ist das Vertrauen auf die ewige Gerechtigkeit, die einmal siegen wird über das unsere Heimat angestraute Unrecht. Woker die Rettung kommen wird, wissen wir nicht; sie wird aber kommen. Das ist unsere Hoffnung, zu deren Erfüllung wir hüten und delben alles tun müssen, was in unseren Kräften steht.

Wettbewerb Reichsdenkmal

Von Reichskunstwart Dr. Edwin Redslob

Wie die Gräber der im Weltkrieg gefallenen Deutschen rund um das Land als heiliger Ring gezogen sind, bedeuten sie in sich ein Sinnbild ruhmvoller über die Grenzen getragenen Abwehrkampfes. Diese Lage unserer Gräber ist durchaus einzigartig, die Beziehung auf sie muß bei der Lösung des Reichsdenkmals ein Hauptmotiv bilden.

Genügt die als Ehrenmal Preußens umgestaltete Wache Unter den Linden in Berlin? Schon hat sie nach den freilebenden Werten erreicht, einen Tempel schaffend, in dessen Formenprache sich das Bildungsideal seiner Zeit und die Staatsgesinnung seines Landes vereinigen. Aber der Bau ist — damals wie jetzt — ganz auf Preußen bezogen. So weithin die Ehrenmal-Lesemonie, die Umgestaltung gelöst ist, im mittleren der Platz der Großstadt auf Ruhe und räumliche Begegnung bedacht: die Beziehung auf den heiligen Ring der Gräber klingt nicht an. Und auch die Verbindung mit ganz Deutschland spüren wir nicht. — Wohl kann man das Ehrenmal in München als die heile Lösung einer ganz aus unserer Zeit entstehenden Kriegserinnerung ansehen; aber gerade in der volkstümlichen Eigenart der Lösung, die Knappe und Bleeker gelang, bleibt es süddeutsch.

Es fehlt, bei aller Bedeutung dieser beiden Monuments, noch immer das Mal, das dem gesamten deutschen Volke und seinen Toten gilt. Gerade die architektonische Aufstellung der Aufgabe in Berlin und die plastische Ausföllung in München haben für das Reichsdenkmal das landschaftlich-natürliche Motiv und somit den Gedanken der Errichtung des Ehrenmals in Form eines Haines verdeckt aufleben lassen.

So hat sich, anfangs viel umstritten, der Weg zum Reichsdenkmal fast herausgearbeitet, und so wurde mit Abschluß des vorbereitenden Denkmalwettbewerbs die erste wichtige Etappe erreicht).

1928 Entwurf als Ergebnis dieses Preisentscheidens der Stiftung Reichsdenkmal zugegangen. Da oft zwei oder drei Kün-

ster sich zusammengetan haben, bedeutet dies, daß etwa 4000 deutsche Künstler, unter denen freilich auch eine Zahl alien erkennbar ist, der Aufgabe ihre Kräfte gespendet haben. Die eingesandten Pläne beanspruchen in ihrer Ausgestaltung im Landesausstellungsbau am Leipziger Bahnhof fast 2000 laufende Meter Wandfläche, wozu noch etwa 400 Modelle kommen.

Das Preisgericht hat der Prüfung der Entwürfe zwölf Tage gewidmet. Aus der Fülle der Einreichungen wurden zunächst 161 zur engeren, danach 55 zur engsten Wahl gestellt. Dann wurden 20 Preisträger ausgewählt, die, entsprechend den Bestimmungen des Auschreibens, nunmehr in engerer Konkurrenz arbeiten werden. Weiter aber empfahl das Preisgericht, noch 20 in engste Wahl gestellte Entwürfe mit Anerkennungspreisen zu versehen.

Die Beteiligten hatten sich mit einem reispolen, aber nicht leicht zu gestaltenden Gelände abzufinden: der gewölbte Hang erhebt sich über dem Schnittpunkt von drei Tälern, die, ebenso wie ein vierter Zugangsweg aus der Höhe, schon von einer gewissen Entfernung aus einen Überblick über die Anlage ermöglichen. Die Lösungen trennen sich danach, inwieweit architektonische, garten-fürstliche oder monumentalplastische Motive ihre Grundlage bilden.

Rein architektonische Lösungen sind selten, da für den Aus schreiber widergesprochen. Zöbischreit ist dafür der Vorschlag von Clemen, sie findet aber nur in wenig Fällen als das beherrschende Motiv gedacht, sollen vielmehr entweder unten in der Tiefe als Ziel der Blickrichtung für die Zugangswäg aufgestellt werden, oder sie kennzeichnen die Höhe vor dem Eintreten in den Wald, oder sie sind, wie der dem preisgekrönte Entwurf des Gartenarchitekten Heinrich Böllner, Wiesbaden, auf den drei Hauptterraschen in einem rund um die Mitte des Tales gezeigten Ring gedacht.

In gewissem Sinne hängt auch die Errichtung von fünf, die Kriegsäste vorstellenden, hohen Masteinen, wie sie der Entwurf



Entwurf: W. und H. Krüger, Berlin

* Die Wahl der Abbildungen bedeutet keine persönliche Stellungnahme für einen der Entwürfe. Aus Leggierung wird auf zwei Abbildungen verzichtet, die gleichfalls Preisträger des Wettbewerbs zu Verfassung haben: Erster im Sinne des „Bauzettels“ und Tempel in dem Ende zum erscheinenden Fest der „Gartenträume“.

des Architekten Winand und des Bildhauers Zeppenfeld, Hamburg, bringt, mit der Turnmilde zusammen, ebenso wie in einigen Fällen der Vorschlag der Errichtung eines die Landschaft überragenden Kreuzes.

Dieß fach ist bei dem Turnmotiv der Glocke besondere Bedeutung beigemessen. Der Entwurf, den der Stuttgarter Bildhauer Ulrich Janssen zusammen mit dem Architekten Heinz Weigel vorgestellt hat, läßt die Glocke etwa jede Minute anschlagen, entsprechend der Rechnung, daß während der Dauer des Weltkrieges auf diese Zeit je ein Toter zu zählen ist. —

Andere bringen die Aufforderung, daß das Glockengeläut aus dem Ehrenhain zu bestimmten Zeiten überall in Deutschland durch Rundfunk übertragen wird. Sie können sich dabei auf den toten Eintritt berufen, den das Läuten der Glocken der Stadt Köln in der Befreiungsnacht vermittelte hat.

Einige Projekte hängen eine Glocke in einen aus großen Steinblöcken gesetzten Raum, dem Allerheiligsten, auf, darunter auch der preisgekrönte Entwurf des Münchener Architekten Pfeiffer Baardt, wobei für diesen Gedanken der bekannte Glockengießer Schilling, Apolda, verantwortlich gezeichnet.

In Zusammenhang mit solchen Vorschlägen steht die Aufforderung des Allerheiligsten als monumental geprägtes Mal. So der Entwurf des Münchener Künstlers Wolfgang Vogl (Architekt), Walter von Rautenkranz (Bildhauer), Ludwig Schnitzlein (Gartenarchitekt), der den Schnittpunkt der drei Täler zur Mitte der Anlage macht.

Viele Entwürfe gesuchen mit architektonischen Mitteln ein abgrenzendes Heiligtum als Hauptteil der Anlage. Wilhelm Kreis, Dresden schafft einen heiligen Bezirk, der vertieft in der Erde liegt.

Solche auf Verbindung von Architektur und Landschaft ausgerichtete, ihrer Bedeutung nach im Sinne des Städtebaues zu wertende Motive klingen auch in der architektonischen Gestaltung der Weisheitsstätte an, wie Ernst Jänscher, Köln, sie vorstößt. In wenig Entwürfen ist die organische Gliederung des Ganzen und die Hervorhebung der Hauptpunkte so gläubig gelöst.

Der Rundbau der Duisburger Architekten Blecken, Bräckhäuser und Holborn, der eine Steinhalle vorstellt, ist in der Natur Betonung des architektonischen Motivs als beachtenswert zu nennen.

Einige Vorschläge wenden sich das Allerheiligste trichterförmig vor, in Erinnerung an den Granatrichter des Krieges.

Andere wieder geben dem Monument, das als Ziel der Anlage gedacht ist, die Form eines Stahlhelms von ungeheuren Ausmaßen. Zwei Entwürfe gestalten den Mittelbau sogar als Kugel.

Eine Fülle von Entwürfen stellt das plastische Motiv in den Vordergrund. Dieß fach erscheint der feldgrau, wobei mitunter Anflüge an das ermürbende Münchener Denkmal zu spüren sind. Zwei Verfasser denken sich den aufgebauten feldgrauen hoch über die Hügellandschaft des Haines erodieren, so daß der Berg zum Posament einer ungeheuren Plastik wird. Es fehlt auch nicht an Wallfahrern und mehr oder minder phantastischer Verwendung bildnerischer Allegorie.

Das Motiv des liegenden Soldaten ist mehrfach vertreten, einmal in späthistorischer Beziehung zum überbauten Kriegerdenkmal, das andere in Anflang an nordische und altgermanische Vorstellung mit einzelnen Mästosten bilden, ist hier in kühnem Wurf plastisch geformt worden.

Den Preisgericht haben von besonderem Wert eine Reihe von Vorschlägen, welche die Plastik in einem bläotartigen, in der Landschaft sich groß behauptenden Motiv zeigen. Hier ist der Entwurf dieser Wiesbadener Künstler zu nennen, der einen mächtigen Block in der Bildrichtung der Täler auf halber Bergs Höhe vorstößt. Die untere Hälfte dieses Blödes wird von einem in das Gelände ein-

gesetzten Figurenriesen gebildet, darin das deutsche Volk in der Gemeinschaft seines Ringens und seines Leidens dargestellt werden soll. Für die bildhauerische Arbeit zeichnet den Wiesbadener Bildhauer Wilhelm Bierbrauer. Die als Architekt und Gartenarchitekt Beteiligten: Ludolf Beer und Herbert Kuske, haben dann noch einen weiteren Vorschlag eingebracht, der ein großes Kreuz darstellt, auf dem als Maßwerk kleine Kreuze angebracht sind: eine Beisetzung des im Ehrenhain errichteten Simbols auf die zwei Millionen Gräber deutscher Soldaten.

Die Kreuzidee gibt auch zwei

von Dresden Künstlern eingerichteten Entwürfen das Hauptmotiv: sowohl dem Vorschlag Englers, dem das Mal aus vier sich feststellenden, an den Ebenen und Pfeilern geführten Kreuzen bildet, wie dem Vorschlag des Architekten Leitner, Wünsche und Kampf, welch ein großer Block mit Eiern in Kreuzform umhüllt und so ein eindringliches Sinnbild schaffen.

Unter den mit Anerkennungspreis ausgezeichneten Entwürfen befindet sich eine ergreifende Plastik, die in heroistischer Anlehnung an die Darstellung der Beweinung in der griechischen Kunst die Klage der Kameraden um den Gefallenen darstellt. In den Gestalten klingt die Erinnerung an Barlauchs Motiv an Bildhauer Rudolf Ulrich, Berlin. — Hier ist das architek-

tonische und plastische Motiv tritt mit besonderer Betonung das gartenkünstlerische.

Die schon erwähnten Vorschläge von Kreis und Jänscher sind unter diesem Gesichtspunkt nochmals zu nennen. Kreis schafft in breiter Anlage, die er allerdings an eine andere Stelle des Tales rückt, als es im Preisauszeichnen vorgesehen war, einen feil betonten Aufstieg, dessen Ziel er durch ein aus drei Kreuzen zusammengefügtes Tor kennzeichnet: von da führt er einen Weg in das Waldgebiet zum Haustrum der Anlage.

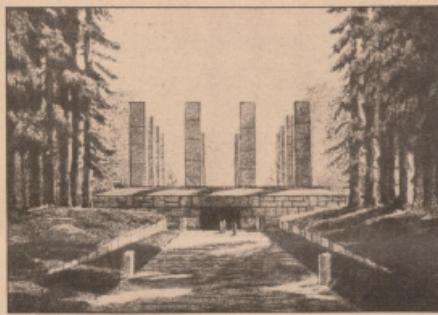
Jänscher und Weigel-Stuttgart bringen in ihrem Entwurf ein gutes Beispiel einer einsichtsvollen, ganz aus der Natur heraus entworfene Anlage.

Unter den betont gartenkünstlerischen Entwürfen geht der Vorschlag Baader, Siremburg und Stier (Kassel) einen besonderen Weg, indem er eine ringförmig um den heiligen Bezirk geschlossene, in ihrer Symmetrie wirkende Anlage schafft.

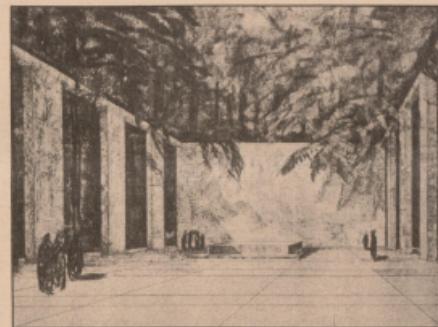
Prinzipiell trennen sich die Vorschläge zur Geländegestaltung in zwei Hauptgruppen: die einen bringen eine flach-architektonische Formung — wie Kreis — die anderen eine frei dem Gelände angepaßte Gestaltung, wie der Entwurf der Brüder Krüger, der genannten Stuttgarter Künstler und der Berliner Hans Schellhorn und Paul Ludwig Schoppe. In großer Kurve, die an den Berg gelegt ist, wird hier die Höhe gewonnen und wirkungsvoll betont.

Ein seines Gefühl für die Erhaltung der landschaftlichen Gegebenheiten zeigt auch der Entwurf von Alfred Preysik, Halle. Dieser Künstler frönt den Bergzämmern des Dresdener Zwanges mit einer Terrasse, die nach der Erklärung seines Entwurfs „sich schützend um den Saum des inneren Hangesfeldes legt, das den heiligen Weg sowie das Denkmal in einer Richtung des Hochwaldes biegt“.

Auch der Entwurf B. und J. Weilzer, der die Schöpfer des Tannenberg-Denkmales zu Trägern eines Preises macht, empfiehlt sich durch Anpassung an das vorhandene Gelände: om Gipelpunkt des Hauptweges sind Versammlungsplätze einzulegen, von wo aus man in drei, den geschnittenen Hügel zur Einheit zusammenlaufenden Treppen zur Höhe steigt. Am Bergrand aber ist ein Ring „wuchtiger, senkrecht stehender Platten“ gedacht, die den Berg fassen, ohne verändernd in die naturgegebene Formung einzutreten.



Entwurf: Wilhelm Kreis, Dresden



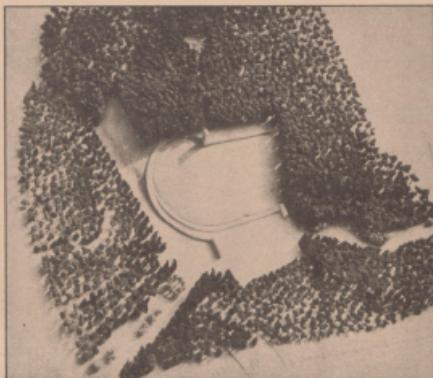
Entwurf: Ernst Jänscher, Berlin

Drei Hauptwege sieht auch der Entwurf des Wiesbadener Gartenarchitekten Wilhelm Hirsch vor. Mit diesen drei Wegen gewinnt er die Höhe, wo weit hin sichtbar fünf große Blöde stehen, welche die Kriegsjahre darstellen. Im heiligen Haingebiet deutet sich der Künstler Gedächtnissteine der einzelnen Regimenter, daran schließt sich das heilige Grab.

Besonders bedacht auf Erhaltung und Benutzung der vorhandenen Landschaft zeigt sich der Entwurf von Moritzstern und Dauta, Königsberg, im Innern des in seiner Gesamtheit zum heiligen Hain erklärten Waldes viele Gedächtnisteine verteilen will, welche den Ereignissen des Krieges gedenkt zu werden suchen.

Eine Sonderstellung nimmt der Entwurf von Oswald Bieber und Josef Waderitz, München, ein, der im Innern des Haines eine architektonische Anlage errichtet, bestehend aus Turm, Tempel, Gedenkhalle und Klosterartigem Wohnbau für Veteranen.

Es bleibt noch übrig, eine Reihe anderer Motive zu erwähnen, die aber mehr als Beispiel des Volksphantasie oder der Stellungnahme einzelner Berufe, als als fachfundiger Beitrag aufzufassen sind. So genügt einem Einseiter ein Entwurf, der lediglich den



Entwurf: Hans Schellhorn und P. L. Schulze, Berlin

Parkplatz für Automobilisten darstellt, ein anderer müßt sich nur um die eisenbautechnische Gestaltung des Bahnhofes, der am Eingang zum Ehrenhain liegt. Ein origineller Entwurf schlägt vor, einen Felsen in Ketten geschmiedet vorzustellen und so das Schicksal des deutschen Volkes zu veranschaulichen.

Der Verfasser eines weiteren Vorschlags meint, der Krieg sei vor allen Dingen doch durch den Stiefel geführt worden. Kreuz und quer hätte man marschieren müssen, und so sei die Errichtung eines Gedenkmals in Form von zwei getrennten überlebensgroßen Stiefeln das gegebene Motiv.

Solche und ähnliche Vorschläge zeigen immerhin das Eine: wie lebhaft sich die Volksphantasie mit dem Gedanken des Ehrenmalen beschäftigt.

Angang Herbst wird das Ergebnis des engen Wettbewerbes erwartet werden können, der unter den Preissträgern des ersten Ausschreibens veranlaßt wird. Das Preisgericht hat dann die verantwortungsvolle Aufgabe, sich für die ihm am besten erscheinenden Entwürfe zu entscheiden und einen davon der Stiftung Reichsdenkmal zur Ausführung vorzuschlagen.

Politische Chronik

Vom 27. Mai bis 11. Juni

Ausland:

Im österreichischen Parlament gibt die neugebildete Regierung Dölfus eine Regierungserklärung ab und kündigt bedingt die Verhängung der Dörfisperre für Auslandschulden an (27. Mai). — In Rom wird der italienisch-ägyptische Freundschafts- und Schiedsvertrag der Amtsherrlichkeit des italienischen Minister auf fünf Jahre verlängert (27. Mai). — Botschafter Nadolot hat in Genf eine Unterredung mit dem amerikanischen Delegationsführer Gibson, die sich auf die neuen amerikanischen Abflugvorschriften bezieht (30. Mai).

— Der gegen die Regierung Dölfus eingebrochene Migrantenantrag wird im Nationalrat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt (31. Mai). — In Rumänien tritt das Kabinett Jorga zurück, nachdem es nicht gelungen war, mit den ausländischen Migrantenvertretern zu einer Verhältnisregelung über die finanziellen Schwierigkeiten des rumänischen Staates zu gelangen (31. Mai). — Das neugebildete Kabinett Vaida Voicobod hat nur die Aufgabe, Neuwahlen durchzuführen. — Amerika nimmt die englische Einladung zu einer Weltlandwirtschaftskonferenz an (1. Juni). — Ministerialdirektor Brandenburg verläßt den Luftfahrtausschuß der Abstülpungskonferenz, nachdem sich der französische Verhandlungspfarrer geweigert hatte, die deutschen Abstülpungspfarrer in seinem Bericht aufzunehmen (1. Juni). — In einer Note fordert die Danziger Regierung die politische Regierung auf, die auf Danziger Gebiet liegende polnische Eisenbahnverwaltung für den Korridor aus Danzig zu entfernen (3. Juni). — Grandi hält vor dem italienischen Senat eine Rede, in der er für Deutschlands Gleichberechtigung eintritt und erklärt, daß die Rüstungsvermindezung, die beste Voraussetzung sei für die Lösung der Tribut- und Kriegsschuldenfrage (3. Juni). — Das japanische Abgeordnetenhaus wird mit einer Note des neuen Ministerpräsidenten und Außenministers Admiral Saito eröffnet, der auf die Beziehungen zur Sowjetunion eingeht und die Gerüchte von einem drohenden Krieg als Gerüchte bezeichnet (3. Juni). — In den neu gebildeten französischen Kabinett übernimmt Ministerpräsident Herriot gleichzeitig auch das Außenministerium; Kriegsminister wird Paul Boncours, der bisher Frankreich auf der Abstülpungskonferenz vertreten hat (4. Juni). — In Chile kommt es zu einer Revolution, die stark sozialistischen Charakter hat; die Verstaatlichung des Salpeterkonzerns wird angekündigt (4. Juni). — Die griechische Regierungskrise wird durch ein neues Kabinett Venizelos beendet (4. Juni). — Zum Präsidenten des Memelländischen Direktoriates wird der Abgeordnete der Memelländischen Volkspartei Dr. Schreiber ernannt (5. Juni). — Die amerikanischen Steuergesetze zur Befestigung des Fehlbetrages im Haushalt werden von Präsident Hoover

unterzeichnet, nachdem Repräsentantenhaus und Senat ihnen zugestimmt hatten (5. Juni). — Dem neuen Kabinett Herriot wird von der Kammer das Vertrauen mit 390 gegen 182 Stimmen ausgesprochen; die Sozialisten stimmen für das Vertrauensvotum (7. Juni). — Premierminister MacDonald und Außenminister John Simon nehmen die Einladung des französischen Ministerpräsidenten zu einer Konferenz in Paris an (8. Juni). — Vor dem Haager Gerichtshof beginnen die Verhandlungen über die Verlezung des Memelstatus durch Litauen (8. Juni).

Reich:

Reichskanzler Dr. Brüning hält vor der ausländischen Presse eine Rede, in der er die Arbeitsbeschaffung als die deutsche Lebensfrage bezeichnet (28. Mai). — Das Kabinett Brüning erläßt seinen Kärttfrist (30. Mai). — Reichspräsident von Hindenburg empfängt nacheinander die Parteiführer. — Mit dem ausdrücklichen Auftrag, eine Regierung der nationalen Konzentration zu bilden, erteilt der Reichspräsident dem früheren Zentrumsabgeordneten von Papen den Auftrag zur Regierungsbildung (31. Mai). — Das Kabinett von Papen wird ernannt (1. Juni). — Reichskanzler ist von Papen, Reichsinnenminister Freiherr von Gau, Reichswehrminister Generalleutnant von Schleicher, Reichswirtschaftsminister Professor Dr. Warmbold, Reichsernährungsminister Freiherr von Braun, Reichspost- und Verkehrsminister Freiherr von Eltz-Rübenach (1. Juni); Reichsaußenminister Freiherr von Neurath, Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk, Reichsjustizminister Dr. Bürkner (2. Juni) und Reichsarbeitsminister Schäffer (6. Juni). — In einem heilig gehaltene Schreiben dankt Reichspräsident von Hindenburg Reichskanzler Dr. Brüning für die geleistete Arbeit. Auch den übrigen aus dem Amtcheidenden Ministerien geben Danfschreiben des Reichspräsidenten zu (3. Juni). — Reichswohminister von Schleicher erläßt dem Amtsherrn eine Kundgebung an die Reichswehr (3. Juni). — Die neue Regierung beschließt, dem Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstags zu empfehlen (3. Juni). — Bei der Auflösung des Reichstags wird gleichzeitig mit der Regierungserklärung bekanntgegeben (4. Juni). — Reichskanzler von Papen tritt mit den preußischen Parteien in Verhandlungen ein zwecks Herbeiführung einer neuen Regierung (6. Juni). — Die süddeutschen Ministerpräsidenten suchen beim Reichspräsidenten um eine Unterredung nach (9. Juni). — Freiherr von Gau hält vor dem Reichsrat eine Programmrede, in der er auf wichtige Fragen der Innenpolitik eingeht und ankündigt,

dass die Frage der Staatsform nicht aufgerollt werde (9. Juni). — Die Zahl der Erwerbslosen ist in der zweiten Maihälfte um rund 92 000 auf 555 000 zurückgegangen.

Änder:

Bei den Landtagswahlen in Oldenburg erlangten die Nationalsozialisten die absolute Mehrheit (29. Mai). — Ein Antrag im Preußischen Landtag, die alte Geschäftsordnung wiederherzustellen,

wird mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Kommunisten abgelehnt (5. Juni). — Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin erreichen die Nationalsozialisten ebenfalls die absolute Mehrheit (5. Juni). — Die geschäftsführende preußische Regierung erlässt zur Deklaration des Staats eine Notverordnung (8. Juni). — Die Auflösung des Braunschweigischen Landtags wird im Braunschweigischen Landtag abgelehnt (9. Juni).

Zur Zeitgeschichte

Am Vorabend von Lausanne

Es hätte nicht viel gesagt, so wäre der Lausanner Konferenz ein ähnliches Schriftl bereitstellt worden wie der vor fünf Monaten, als man: der Zusammentritt der Delegierten in leichter Stunde abgabte. Erst gleichsam in letzter Minute sind in Deutschland und in Frankreich die Regierungen gebildet worden, welche in Lausanne für ihre Kinder verhandeln sollen. Frankreichs neuer Ministerpräsident Herriot hat in seiner Regierungserklärung vor der Kammer die außenpolitischen Fragen nur in allgemeinen Umrissen gestreift, doch ist der Unterschied seiner Formulierungen zu der Haltung seines Vorgängers Cardieu und Laval nicht ganz von der Hand zu weisen. Freilich erscheinen seine Formulierungen so lästig, daß man aus ihnen somohl ein Gefühl an der „indemnité notoire“ wie auch einen bedeutenden Verzicht auf dieselbe herauslesen kann. Jedenfalls hat Herriots Erklärung in England einen ausgesprochenen Eindruck hinterlassen, wo man sich bereits in optimistischen Erwartungen wiegt. Die Wochendienzusammenkunft zwischen Herriot und MacDonald in Paris ist der Ausdruck einer deutlichen Verbesserung der englisch-französischen Beziehungen, die bekanntlich noch anlässlich des letzten Aufenthaltes Cardius in London denkbar unfreundlich waren und irgendwie Einigung kaum erzielen ließen. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England deuten sich allerdings nicht nur aus der Reparationsfrage, sondern auch auf das Abzahlungssystem; aber auf diesem Gebiete wie auf dem der Reparationen wird es vielleicht nur eines verhältnismäßig kleinen Nachgebens Herriots bedürfen, um die Engländer auf seine Seite zu ziehen. Welchen Anteil an dieser freundlicheren Einstellung der Engländer gegenüber Frankreich die Darstellungen und Gerüchte über die innere Entwicklung in Deutschland haben, die in der englischen Presse gemässigt aufgebaut worden sind, läßt sich nicht mit Sicherheit errechnen.

Das Lausanner Programm hat dadurch eine fühlbare Entlastung erfaßt, daß man die eigentlich weltwirtschaftlichen und finanziellen Probleme auf einer Weltkonsferenz erörtern will, die erst zu einem späteren Zeitpunkt und wahrscheinlich in London stattfinden soll. Der Gedanke dieser Konferenz ist dem Wunsche entsprungen, auch die Amerikaner praktisch einzuhüpfen, die sich noch auf Anfragen und Verfuße hartnäckig dagegen gesträubt haben, in irgendeiner, wenn auch noch so inoffiziellen Form in Lausanne in die Entscheidung zu treten. Unter dem Druck der amerikanischen öffentlichen Meinung, welche ja in der Kongresserklärung vom Dezember vorangegangenen Jahres gegen jede Schuldenstreitigung einen drastischen Ausdruck fand, mußte die gegenwärtige Regierung alles vermeiden, was den Eindruck einer europäischen Einstellung erwecken könnte, und in diesem Sinne sind auch die immer wiederholten Erklärungen des Weihen Hauses zu verstehen, daß eine Annulierung der Schuldenforderungen nach wie vor ausgeschlossen sei. Am Vorabend der Wahl kam es sich keine Partei und keine verantwortliche Washingtonsche Regierung leisten, eine so unpopuläre Maßnahme offen zu vertreten, und die wenigen prominenten Persönlichkeiten, welche sich, wie neuerdings auch Vorah, für eine Streichung der Schulden unter gewissen Kanten ausgesprochen haben, tun dies auf ihr eigenes Risiko und Faust unter dem Gesichtspunkt der Gemüttung eines wirklichen Wahlplattform. Erst wenn Ende des Jahres das amerikanische Volk gesprochen hat, und wenn um 4. März 1935 der neue Präsident, der vielleicht wieder Hoover heißt, sein Amt antritt, wird die Schuldenfrage von Amerika ans gefordert werden können.

Unter diesen Umständen erwartet man in der englischfranzösischen Ländern von der Lausanner Konferenz nur die Feststellung eines vorläufigen befristeten Moratoriums, und auch in Frankreich scheint man sich mit dieser Zukunftsaussicht allmählich abzufinden. Für Deutschland gilt nach wie vor die Erklärung Dr. Brünings vom 12. Januar dieses Jahres, daß Deutschland seine Reparationen in irgendeiner Form mehr leisten könne, und daß es die Aufgabe der anderen Länder sei, aus dieser Tatsache die Konsequenzen zu ziehen. Wenn man demgegenüber in Frankreich, auch in den Kreisen des neuen radikalen Kabinetts, auf die „Heiligkeit der Verträge“ hinweist, so widerlegt dies in seiner Weise die deutsche Haltung, denn es handelt sich ja nicht um Formalitäten, sondern um Zwangsläufigkeiten, denen man in Lausanne wird Rechnung tragen müssen. Wann und in welcher Form die neu geschaffenen finanziellen Tatsachen ihre wölferschichtliche Eiung erfahren werden, ist dem gegenüber eine Frage zweiter Ordnung. Walter Hagemann.

Neue Ländertwahlen

Den Wahlen zu den Landesparlamenten von Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt am 24. April (vgl. „Heimatdienst“ 1. Maiheft 1932 S. 138) folgten weitere Wahlen zu den Landtagen in Oldenburg am 29. Mai und in Mecklenburg-Schwerin am 5. Juni. Oldenburg (545 127 Einwohner = 1,08 v. H. des Reichs) und Mecklenburg-Schwerin (674 411 Einwohner = 1,08 v. H. des Reichs) haben eine dreijährige Wahlperiode.

In Oldenburg war zuletzt am 17. Mai zum Landesparlament gewählt worden mit einer Wahlbeteiligung von 74,9 v. H. Ein von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei betriebenes, von Deutschnationalen, Stahlhelm und Landvolk unterstütztes Volksbegehren aus Parlamentsauflösung führte zum erfolgreichen Volksentscheid am 17. April, auf Grund dessen der Landtag aufgelöst werden mußte. In Oldenburg werden höchstens 48 Abgeordnete nach dem automatischen System mit 4000 als Verteilungszahl gewählt. Würde bei reger Wahlbeteiligung die Zahl der Abgeordneten 48 übersteigen, so wird die Verteilungszahl entsprechend erhöht. Die folgende Übersicht zeigt das Ergebnis der Wahl nach Stimmenzahlen und Abgeordnetenzahlen, wobei das Ergebnis der Wahl nach vorausgehenden Landtagswahl vergleichsweise gegenübergestellt ist.

Landtagswahl Oldenburg

Parteien	Wahl am 29. Mai 1932		Wahl am 17. Mai 1931		Wahl am 29. Mai 1932		Wahl am 17. Mai 1931	
	Abge- haupt	v. H.						
National- sozialistisch.	151 525	48,4	97 802	57,2	24	52,17	19	39,58
Sozial- demokraten.	50 987	16,8	54 893	20,9	9	19,57	11	22,92
Zentrum.	42 114	15,5	46 255	17,6	7	15,22	9	18,75
Deutsch- nationale.	15 629	5,8	12 655	4,8	2	4,55	2	4,17
Kommunisten.	15 590	5,7	18 942	7,2	2	4,55	3	6,25
Stahlpartei.	6 215	2,5	8 515	5,5	1	2,17	1	2,08
Landvolk.	5 987	2,2	5 404	2,1	2	4,17	1	2,08
			10 774	4,1	—	—	2	4,17
Nati. Vereinig. (DVDP u. Wp)	2 506	0,8	4 275	1,6	—	—	—	—
Soz. Arbeiter- partei.	1 464	0,5	—	—	—	—	—	—
Andere Parteien			3 170	1,2	—	—	—	—
Zusammen	271 817	100,0	262 685	100,0	46	100,0	48	100,0
Wahlbeteilig.	274 022	75,7	264 515	74,9	—	—	—	—
Stimmabrech.	562 000	—	535 000	—	—	—	—	—

In Mecklenburg-Schwerin war zuletzt am 25. Juni 1929 bei einer Wahlbeteiligung von 74,93 v. H. gewählt worden. Auch in Mecklenburg-Schwerin besteht ein automatisches Wahlsystem. Gewählt werden mindestens 50 Abgeordnete. Wird diese Sitzzahl bei geringer Wahlbeteiligung nicht erreicht, so wird die Verteilungszahl 6000 entsprechend erhöht. Das Ergebnis der Wahl vom 5. Juni ist in der folgenden Übersicht nach Parteiketten und Abgeordnetenzahlen dargestellt. Da die Septemberwahlen 1930 überwolt sind, sind die Stimmenzahlen der letzten Reichstagswahl 1929 durch die Septemberwahlen 1930 überwolt sind, sind die Stimmenzahlen der letzten Reichstagswahl als Vergleichsmittel verwendet.

Das Charakteristische der Wahl in Oldenburg ist, daß die Zentrumsketten zum ersten Mal seit der Reichstagswahl 1928 einen Rückgang aufweisen. So bei den Reichstagswahlen 1928 und 1930 noch 17,1 v. H., bei der Landtagswahl am 15. Mai 1931, 17,6 v. H. der Gesamtsummen ausmachten, gingen sie am 25. Mai 1932 auf 15,3 v. H. der Gesamtsummen zurück. Beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl Thälmann 14 199 oder 4,7 v. H. Stimmen erhalten, während jetzt auf die Kommunisten 15 590 oder 5,7 v. H. Stimmen entfielen. Von einer Stärkung der Kommunistischen Partei kann aber nicht gesprochen werden. In diesen Zahlen prägt sich ziemlich der Unterschied zwischen der Reichspräsidentenwahl als

einer Persönlichkeitswahl und der Parlamentswahl als Parteienswahl deutlich aus. Der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Adolf Hitler hat in Oldenburg beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentswahl 140 572 oder 46,1 v. H. der Gesamtstimmen bei einer Wahlbeteiligung von 85 v. H. erhalten. Bei der Landtagswahl haben die Nationalsozialisten 151 529 Stimmen oder 48,4 v. H. der Gesamtstimmen bei einer Wahlbeteiligung von 75,7 v. H. aufgebracht. Die schwächeren Wahlbeteiligung ist also hauptsächlich auf die Parteien der bürgerlichen Mitte zurückzuführen. Sie wird sich in der Zuteilung der Sitze noch mehr zuungunsten der unter der Wahlbeteiligung lebenden kleineren Parteien aus. Während die Nationalsozialisten 48,4 v. H. und die Sozialdemokraten 18,8 v. H. der Stimmen aufgebracht haben, haben die Nationalsozialisten 52,17 v. H. und die Sozialdemokraten 19,97 v. H. der Sitze zugestellt erhalten. Die Nationalsozialisten haben im Oldenburgischen Landtag von 46 Sitzen 24 inne und verfügen damit über die absolute Mehrheit.

Landtagswahl Mecklenburg-Schwerin

Parteien	Landtagswahl 1932			Reichstagswahl 1930		
	Stimmen		Sitze	Stimmen		Sitze
	Über-haupt	v. H.	Über-haupt	v. H.	Über-haupt	v. H.
Nationalsozialisten	177 076	49,0	50	50,8	72 028	20,1
Sozialdemokraten	108 561	30,0	18	30,5	24 922	5,9
Deutsch-nationale	32 885	9,1	5	8,5	39 874	11,1
Kommunisten	26 891	7,4	4	6,8	27 644	7,7
Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mitte ¹⁾	7 889	2,2	1	1,7	70 920 ²⁾	19,8
Arb. Größl. nacl. Mcl. .	7 499	2,1	1	1,7	22 781 ³⁾	6,4
Soz. Arbeiterpartei	952	0,2	—	—	—	—
	364 556	100,0	59	100,0	358 169	100,0

¹⁾ In der Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mitte gingen zusammen: D. D. P. D. St. P. W. und K. D. P. und C. D. P.

²⁾ Bei der Wiederauflösung 1930 erhalten: W. P. 22 259 Stimmen, D. D. P. 21 029

Stimmen, D. St. P. 8 022 Stimmen, K. D. P. 7 415 Stimmen, C. D. P. 6 225 Stimmen, 2 157 Stimmen.

In Schwerin haben die Nationalsozialisten von 59 Sitzen 30 erobert und damit die absolute Mehrheit erreicht. Hitler hat am 10. April 1932 in Mecklenburg-Schwerin 178 076 Stimmen oder 46,4 v. H. der Gesamtstimmen bei einer Wahlbeteiligung von 82 v. H. erhalten. Bei der Landtagswahl hat seine Partei 177 076 oder 49,0 v. H. der Gesamtstimmen bei einer Wahlbeteiligung von 79,1 v. H. erreicht. Aus diesen Zahlen ist eine weitere Annäherung der nationalsozialistischen Bewegung in Mecklenburg-Schwerin festzustellen. Auch dort sind mehr kommunistische Stimmen abgegeben worden als für den Präsidentenwahlgang. Deutschnationale Volkspartei weist eine Rückgang auf. Im Vergleich zu den Stimmen, die für den Präsidentenwahlgang Duderstadt am 13. März 1932 abgegeben worden sind (48 495 oder 12,9 v. H.) ist eine Wahlbeteiligung von 87,5 v. H., in der die Rückgang nicht unerheblich, zusammen mit Landboldt hatten die Deutschnationalen selber 23 Abgeordnete, jetzt nur noch 5. Die übrigen bürgerlichen Parteien waren in zwei Gemeinschaften zusammengekommen. Wirtschaftspartei, Deutsche Volkspartei, Staatspartei, Konervative, Volksdienst und Zentrum hatten sich zur „Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mitte“ (Landvolk und verwandte Gruppen zur „Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenburger“) verbunden. Gegenüber der Reichstagswahl von 1930 haben diese beiden Gruppen neue Stärke ihrer Stimmen verloren. Jede Gruppe ist nun noch durch einen Abgeordneten im Landtag vertreten.

Vor der Reichstagswahl am 31. Juli wird noch in Hessen am 19. Juni zum Landtag gewählt werden. In Hessen war zuletzt am 15. November 1931 das Landesparlament gewählt worden. Die Wahl brachte ein außergewöhnlich starkes Anwachsen der Nationalsozialisten. Zu einer Regierungsbildung konnte der Hessische Landtag nicht gelangen. Bei der letzten Landtagswahl war der Wahlvorschlag der Wirtschaftspartei wegen Formmängeln nicht zugelassen worden. Der hessische Staatsgerichtshof als Wahlprüfungsgericht hat die Wahl für nichtig erklärt. Es mussten daher jetzt Neuwahlen anberaumt werden. Gewählt werden 20 Abgeordnete in einem Wahlkreis nach dem System D'Orbigny. Zwischen den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen ist Konsensverbindung vereinbart. Unter der Bezeichnung „Nationale Einheitsliste“ haben sich die Konsenspartei, die Deutsche Volkspartei, der Christlich-Soziale Volksdienst, die Deutsche Staatspartei, die Wirtschaftspartei und die Volksrechtspartei auf einen gemeinschaftlichen Wahlvorschlag geeinigt. Außerdem ist noch eine Sonderliste „Hessische Demokraten“ eingerichtet worden, hinter der die Radikal-demokratische Partei steht. Diese Gruppe ist Konsensverbindung mit den Sozialdemokraten eingegangen. Ministerialrat Dr. Georg Kaisenberg

Der Völkerbund und der chinesisch-japanische Konflikt

Wenn der Völkerbund auch oft kritisiert wird, ist weil seine Maßnahmen schwefällig und nur schwer in Gang zu setzen ist, so hat er doch bisher stets den Nachweis erbracht, daß ein Volk, welches sich in einer Erschwernis befindet und an ihm wendet, sicher sein kann, daß er da ist und seine Aufgabe als Vermittler erfüllt. (Rede Bräunds auf der Völkerversammlung im Oktober 1925.) Auch in dem chinesisch-japanischen Konflikt braucht man das Vertrauen zum Völkerbund nicht zu verlieren. Der Umstand, daß seine Bemühungen trotz der langen, seit Ausbruch der Streitigkeiten (18. September 1931) verlorengegangen sind noch zu keiner Beendigung des Konflikts geführt haben, erklärt sich einerseits aus der Größe der Interessen, die für beide Parteien auf dem Spiele stehen, und andererseits daraus, daß hier Völker im Streit liegen, die in ihrer ganzen Denkungsweise und Weltanschauung der Völkerbundes geistig noch ziemlich fernstehen. Es ist schlechterdings unmöglich, einem Japaner klarzumachen, daß es, was Europa bis zum Beginn dieses Jahrhunderts als sein gutes Recht betrachtet hat, nämlich die Vertretung seiner Interessen in China selbst in die Hand zu nehmen und sie nichtlängst mit einer bis zur Gebietsanspruch streitenden Gewalt (Hongkong, Kuangtungschuan, Port Arthur) durchzuführen, den Japanern nicht erlaubt sein soll, für die Japaner bleibt als Tatfrage bestehen, daß die europäischen Mächte satirisiert sind, während Japan infolge seiner Überproduktion an Menschen und der übrigen Bodenbeschaffenheit seines Landes eine Expansion nach außen suchen muß. Diese Expansion kann, da sich Europa und Amerika der japanischen Einwanderung verschlossen haben, nur in Asien erfolgen, und zwar in erster Linie in den benachbarten Mandchurien, wo Japan bereits seit dem Russisch-Japanischen Krieg eine auch den Mächten auf den Washingtoner Konferenz 1922 anerkannte Sonderstellung eingenommen und wo noch für viele Millionen von Menschen ein Siedlungsgebiet vorhanden ist.

Bekanntlich hat die japanische Regierung von Anfang an in feierlicher Form versichert, daß sie keine territorialen Ambitionen in der Mandchurie habe und daß sie nur zur Wahrung ihrer vertraglichen Rechte und zu dem Schutz des Lebens und Eigentums ihrer Staatsangehörigen mit ihren Truppen dort eingedrungen sei. Dabei hat sie sich gleichzeitig erboten, in unmittelbaren Verhandlungen mit der chinesischen Regierung die schwedenden Streitigkeiten zu lösen. Bei dieser Slogane hatte es nur eines geringen Bruches des Völkerbundes aus der chinesischen Regierung bedurft, den japanischen Vorschlag anzunehmen, und menschlicher Vorausicht nach wäre der Konflikt ohne allzu große Härte für China und unter Aufrechterhaltung seiner Hoheitsrechte über die Mandchurie erledigt worden. Statt aber auf diese Weise die streitenden Parteien sofort an den Verhandlungstisch zu bringen, hat der Völkerbund sich nur von dem formalen Gesichtspunkt der Verleugnung der chinesischen Gebietsrechte durch den Einmarsch der japanischen Truppen leiten lassen und sich in vorsäßlichen Bemühungen erhofft, Japan zur Räumung des okkupierten Gebietes zu bewegen. Kein Wunder, daß er dabei das tragische Misserfolg erlebt hat, durch seine einseitig gegen Japan gerichtete Handlungswise China zum Widerstand ermutigt und so unmittelbar zur Verlängerung des Konflikts beigetragen zu haben. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß erst Chinas offene Weigerung, den 1915 von ihm unterzeichneten Vertrag zu erfüllen, in dem japanischen Volke die Furcht, um die Freiheit seiner Arbeit betrogen zu werden, und damit jene Welle der Begeisterung und Opferbereitschaft ausgelöst hat, die es der Militärdiktatur ermöglichte, ihre ehrgeizigen Pläne immer weiter auszuprägen und schließlich die ganze Mandchurie in den Krieg der militärischen Operation einzubeziehen.

Ob es unter diesen Umständen für die im Dezember v. J. vom Völkerbund eingesetzte und inzwischen in China eingetroffene Untersuchungskommission noch eine Möglichkeit gibt, dem Laufe der Dinge, wie sie sich in den letzten Monaten in der Mandchurie entwidelt haben, Einhalt zu tun und dieses Gebiet als Besitzstand des chinesischen Reichs zu erhalten, ist erträglich in Frage gestellt. Entspricht die Gründung eines von der Wanlinger Regierung unabhängigen mandchurischen Staates dem Willen der Bevölkerung, so wird der Völkerbund trotz des Art. 10 der Satzung, der jedes Bundesmitglied verpflichtet, die Unverletzlichkeit des Gebietes und die bestehende politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten, den geschaffenen Zustand früher oder später zu legalisieren haben. Darüber aber, ob diese Voraussetzung vorliegt, wird auch die neutrale Untersuchungskommission so lange kein eindeutiges Urteil abgeben können, als die beklagte Partei, d. i. Japan, faktisch die Herrschaft in dem unmittelebaren Gebiet ausübt. Die Kommission kann daher die ihr übertragenen Aufgabe nicht erfüllen. Sie wird im besten Falle zu einer prosoziellen Lösung beitragen können, die dem neuen Staat ein eigenes Leben ermöglicht und eine partitäre Behandlung der Chinesen und Japaner gewährleistet. Alles übrige muß der zukünftigen Entwicklung überlassen bleiben.

Auf einer ganz anderen Linie liegt die Aktion, die Japan Ende Januar in Shanghai unternommen hat. Stellen die Op-

rationen in der Mandchukui Repressionen zur Wiederherstellung verletzter Rechte dar und lassen sich als solche vom völkerrechtlichen Standpunkt allenfalls noch verteidigen, jumal Japan Thefe, das die Mandchukui sein geordnetes Staatsweisen mit einer verantwortungsbehafteten Regierung ist, schwer widerlegt werden kann, so ist Japans Vorgehen in Shanghai nicht als der schlecht verhüllte Verfluch, das chinesische Regierung mit Gewalt zu der Annahme von politischen Forderungen (Einführung des Boykotts usw.) zu bewegen, und somit ein offenkundiger Verfluch gegen die von ihm selbst unterschriebenen Verträge (Völkerbundfassung, Neumächteverein und Kellogg-Pakt). Demgemäß kommt es auf Grund des Art. 15 auf Antrag Chinas am 3. März zusammenberatene und seitdem in Permanenttagende außerordentliche Volksversammlung des Völkerbunds im Shanghai-Konflikt wesentlich früher auftreten als der Völkerbundstat in Mandchukuikonflikt. In dieser Beziehung verdient nicht nur der Appell hervorzuheben, den die Ratsmitglieder noch vor dem Zusammentreffen der Volksversammlung am 16. Februar an die japanische Regierung gerichtet haben, sondern vor allen Dingen die Entschließung der Versammlung vom 11. März, die u. a. die Ausrufung des Ständigen Internationalen Gerichtshofs in Haag vorstellt, wenn Japan seine Truppen nicht aus Shanghai zurücknimmt. Es ist gewiß zuviel gesagt, wollte man behaupten, daß Japan allein durch den Völkerbund veranlaßt worden ist, das Shanghai-Abenteuer, wozu es jetzt auf dem Wege ist, abzubauen. Das Waffenstillstandsabkommen ist am 5. Mai unterzeichnet worden; die japanischen Truppen werden auf die Stellungen zurückgezogen, die sie vor dem 28. Januar innehaben. Aber zweierlei bliebt es aus den Verhandlungen vor diesen Weltkriegsgericht haben. Einmal, daß es bei seinem Aufstehen in Shanghai die öffentliche Meinung der ganzen Welt gegen sich aufgebracht hat, und zweitens, daß seinem eigenen Anspruch auf Lebensraum gleichberechtigt der Anspruch anderer Völker gegenübersteht, das, was sie besitzen und zum Wohl der Volkschaft ausgebaut haben, zu erhalten und weiter zu entwickeln. Dem Völkerbund bleibt dabei die Aufgabe, dort, wo sich die Interessen hart im Raum stoßen, zu vermitteln und der Menschheit den Beweis zu liefern, daß er, wie der jetzt tote Bißland 1925 von ihm gesagt hat, für jedes Volk, das sich an ihm wendet, zur Stelle ist. C.

Franz Josef Ritter von Gerstner

Zum Andenken an seinen Tod am 25. Juni 1832

Am 22. Februar 1756 wurde dem Niemeyermeister und Bürger der deutschen Stadt Komotau in Nordwestböhmen ein Sohn geboren, dem er den Namen Franz Josef gab. Trocken seine Mittel sehr beschränkt waren, ließ er den hochgezogenen Knaben an den Jesuitengymnasium seiner Vaterstadt besuchen. 1772 bis 1777 verdiene der Jüngling durch Orgelspiel in den Prager Kirchen und durch Nachhilfesunterricht bei den Kindern wohlhabender Häuser genug, um davon die Kosten des Studiums an der Prager Universität zu bestreiten.

Theologie und Heilkunde, die er später in Wien hörte, fesselten ihn nicht so sehr wie die Mathematik und Astronomie, die die Grundlage seines physiologischen Doktorats bildeten.

Seine Amtstätigkeit an der Prager Sternwarte und im staatlichen Vermessungsdienst lenkte die Aufmerksamkeit der Regierung und der gelehrten Kreise auf ihn, so daß er 1789 Professor der höheren Mathematik an der Prager Universität wurde. Neben

seinen Vorlesungen aus höherer Analysis und Astronomie hielt er auch solche aus Mechanik und Hydrodynamik und ihre Anwendung auf Maschinenbau und Gewerbe. Außerdem entfaltete er eine ausgedehnte Tätigkeit als beratender Ingenieur in der staatlichen und privaten Industrie.

In der 1795 errichteten Kommission für die Neuordnung der öffentlichen Unterrichtsanstalten batte er als Beisitzer für Naturgeschichte, Erdkunde, Physik, Mathematik und ihre praktische Anwendung in Landwirtschaft und Technologie, worunter man damals ungefähr die heutigen „Technischen Wissenschaften“ verstand, Gelegenheit, die maßgebenden Stellen auf die Notwendigkeit technischer Lehranstalten aufmerksam zu machen. Er erzielte den Erfolg, daß in Prag 1806 ein „ständisches polytechnisches Institut“ eröffnet wurde. Gerstner wurde dessen Professor und erster Direktor. Die Prager Lehranstalt war die erste auf deutschem

Boden, die den Namen einer technischen Hochschule verdient; ja, wenn wir berücksichtigen, daß die 1794 bis 1796 entstandene Ecole Polytechnique in Paris wesentlich eine Schule für technische Offiziere und Verwaltungbeamte und Vorschule für engere Studien war, so können wir das Prager Polytechnikum sogar als erste Technische Hochschule der Welt und Gerstner als den geistigen Vater und Organisator nicht nur des deutschen Hochschulunterrichtes überhaupt ansehen.

Aus Gerstners praktisch-technischer Betätigung erwuchs seine zweite unfehlbare Tat, 1808 folgte er den Bau einer Eisenbahn von der Donau (Mauthausen) bis zur Moldau (Budapest) vor. Krieg und Wirtschaftsnot ließen es erst 1825 zum wirklichen Bau der Bahn kommen, den Gerstner's Sohn Franz Anton leitete; 1827 wurde die erste Teilstrecke dem Verkehr übergeben. Sie war schmalspurig (1106 mm) und 129 km lang und wurde bis zu ihrem Umbau auf Regelspur (1435 mm) mit Pferden betrieben. Während des Baus entstieß man sich, sie nach Mauthausen nach Linz zu führen und bis Gmunden (70 km) fortzusetzen. Sie war die erste deutsche Eisenbahn und hatte auf dem gesetzten Raum eine einzige viel ältere Vorgängerin (St. Etienne-Andrézieux, 18 km), war auch viel länger als alle englischen Bahnen. Gerstner sah die Vollendung der Bahn nicht mehr erlebt. Er starb am 25. Juni 1832 in Mladograd bei Tischna. Einige Wochen später, am 1. August 1832, wurde die letzte Teilstrecke der Bahn Linz-Budweis eröffnet.

Kaiser Franz I. hat Gerstner 1810 den erblichen Ritterstand verliehen. Die deutschen Ingenieure der Tschechoslowakei werden das Andenken ihres großen Landsmannes und Fachgenossen gelegentlich ihrer neunten Tagung in Komotau (25.-27. Juni 1932) durch Entzüglichung seines Denkmals feiern. Das deutsche Volk soll ihm fürdern dankbare Erinnerung bewahren als einem der Männer, die zur heutigen Höhe deutscher Bildung und Gestaltung traumatisch und erfolgreich beigetragen haben.

Bruno v. Enderes.

Johannes Schlaf / (geboren am 21. Juni 1862)

Johannes Schlaf wird 70 Jahre alt: ein Dichter und Grübler von ekt deutscher Eigenwilligkeit, dessen überaus fruchtbaren Schaffen ein stetes Ringen um wahres Menschenamt, um Erkenntnis des Weltganzen, um Erfüllung einer eingeschorenen tiefen Gottsucht bedeutet. In Lyrik, Dramatik, Prosa, in künstlerischen Ver suchen, philosophischen und kosmologischen Spekulationen hat sein reicher und vielseitiger Geist Ausdruck gefunden. Seit 1904 in Weimar angesiedelt, hat Schlaf sich allmählich eigenbröderlich eingeklemmt, obwohl vom Marktgeiste der literarischen Moden. So mag es jetzt erläutern, daß viele ihn heute für nichts anderes als einen schwierigen Kauz halten, weil sie nichts weiter von ihm wissen, als daß er sich in einigen Broßbüchern gegen die Kopernikanische Weltbetrachtung gewandt hat. „Die Erde – nicht die Sonne!“ – lautet sein mit führen und gewagten Argumenten immer wieder verfochtene geozentrische Glaubensbekenntnis. Andere wieder, die ihn bloß aus den Literaturgeschichten kennen, sehen in ihm nur den Mitbegründer des konsequenter Naturalismus, der neuinjizierter Jahre. Und doch ist Schlaf einer der reinsten, urprünglichsten und ausdrucksstärksten Dichter unserer Tage. Am 21. Juni 1862 in Quedlinburg geboren, kam er als Student nach Berlin und machte sich 1887 nach eben bestandenen philologischen Staatsexamens daran, mit Arno Holz gemeinsam die neue Kunstlehre des Naturalismus praktisch auszuprobieren. Die Kunst hat die Tendenz, wider die Natur zu sein! – so verflüchtigte Holz, der stärkste Theoretiker von beiden, das neue Evangelium. Und so entstand das Stixenbuch „Papa Hamlet“, das man zuerst um der stärkeren Wirkung will als Werk eines unbekannten Norwegers Björne P. Holmen veröffentlichte; so die „Apierene Passiōn“ und die „familie Seile“, das klaffende Muferdrama des Naturalismus. Mit diesen Arbeiten wurde die deutsche Dichtung wabhaft erneuert und allem üblichen, lebensfältigenden Epigonentum der letzten Jahrzehnte des Garous gemacht. Das Wesentliche an ihnen war eine ungewöhnliche Verfeinerung der dichterischen Anschauung, des Gehörs und des Taftsinns. Wenn es sich rein theoretisch, zuerst nur darum gehandelt hatte, die Wirklichkeit möglichst genau zu registrieren, so willte er doch von selbst eine neue Kunstrichtung ... weil eben doch dichterische Intuition mit am Werke war, die jeder, der Schlaf's späteres eigenes Schaffen kennt, im wesentlichen nur ihm zugeschenkt wird. Zwischen ihm und Holz ist nach Jahren ein bössartiger, erbitterter Kampf über den Anteil an der gemeinsamen Arbeit ausgetragen – ein mühiger Streit, den sie selbst schon im Vorwort zur „familie Seile“ voraus erledigt hatten: „Wir konnten vielleicht sagen, wie haben uns das Buch gegenseitig erzählt; wir haben es uns einander ausgetauscht, immer deutscher, bis es auf dem Papier stand.“ Nach seiner Zusammenarbeit mit Holz verließ Schlaf in einer schweren Verkrise. Dann schrieb er die entzündenden Natur-, Dorf- und Kleinstadtidyllen „In Ding'sa“ und die herzliche Dichtung „Frühling“, die Bierbaum in seinem „Modernen



seinen Vorlesungen aus höherer Analysis und Astronomie hielt er auch solche aus Mechanik und Hydrodynamik und ihre Anwendung auf Maschinenbau und Gewerbe. Außerdem entfaltete er eine ausgedehnte Tätigkeit als beratender Ingenieur in der staatlichen und privaten Industrie.

In der 1795 errichteten Kommission für die Neuordnung der öffentlichen Unterrichtsanstalten batte er als Beisitzer für Naturgeschichte, Erdkunde, Physik, Mathematik und ihre praktische Anwendung in Landwirtschaft und Technologie, worunter man damals ungefähr die heutigen „Technischen Wissenschaften“ verstand, Gelegenheit, die maßgebenden Stellen auf die Notwendigkeit technischer Lehranstalten aufmerksam zu machen. Er erzielte den Erfolg, daß in Prag 1806 ein „ständisches polytechnisches Institut“ eröffnet wurde. Gerstner wurde dessen Professor und erster Direktor. Die Prager Lehranstalt war die erste auf deutschem

Musenalmanach auf 1894" mit einer begeisterten Epistel Richard Dehmers veröffentlichte. Hier zeigt sich Schlaß zartes, zilles Dichtertum, seine Meisterhaft der anoditägen Kleinmälerei, die Naturstudien und Landschaftsbilder mit zauberhafter Frische und Unmittelbarkeit hinzutreibt. Weiß, der Held einer Winde etwa wird ihm zur höchsten Offenbarung. Es ist ein großes pantheistisches Geschoß, das aus ihm eichtet. "Frühling" ist ein rhapsodisches Loblied aufs Leben, ein erdeverbundenes Liebeslied an die Welt; ein eimaliges Kunstwerk, geschaffen aus tiejem, bejmischtem Einheitsgefühl mit allen Schöpfungswundern. Diese Dichtung bestätigt die Worte Gerhart Hauptmanns an den sechzigjährigen Dichter: "Deine Gesalt und deine Kunst — es ist beides aus einem Guß: schlicht, feinlos und echt". Noch ein anderes, bislang kaum bekanntes Meisterwerk Schlaß aus einer späteren Schaffenszeit wird bleiben, die Erzählung "Jesus und Maria" (1892) steht noch im Zeichen des Naturalismus. "Aber schon kündigt sich ein hartes, noch unerhörtes Ringen mit Gott in dieser düsteren, aufstöhnenden Tragödie an: der Gewissenskampf eines Mörders, der trostig stirbt, ohne sich durch ein Geständnis zu be-

freien. „Sohnsucht aus der Ecke in die Weite“ — so hat Alfred Kerr einmal das Leitmotiv Schlaß' Schaffens umschrieben. Auf einer späteren Entwicklungslinie dat. Schlaß' bestimmt: „Das Wesen der Kunst liegt in dem religiösen Nutzen der künstlerischen Individualität.“ Seine großen Romanreihen: „Das dritte Reich“ — „Die Schuhenden“ — „Peter Bojes Freiheit“ und „Der Kleine“ — „Der Prinz“ — „Am roten Punkt“ sind alle aus dieser Erkenntnis geboren und aus hartem Kampf mit den eurigen Problematik menschlichen Seins, der die reine Kunstrorm nicht immer zu voller Kehrde gelehrt ließ — einem bewußten Kampf auch gegen alle Gefährdungen der Dekadenz. „Held und Knecht“ lautet der Titel eines Gedichtbandes von Schlaß. In einem bedeutenden Heldentum erkranken alle seine Dichtungen, und über diesem Heldentum schwelt die „Hoffnung“, deren Erfüllung dem Siebzigjährigen erblicken möge:

Ich will noch ein Stäbchen so weitergehn.

Ball müssen ja alle höhn

In hellen Frühlingsfeuer stehn . . .

C. G. W. Behl.

Blick in die Bücher

Die deutsche Volkswirtschaft. Die gestaltenden Kräfte und das Wirtschaftsbild. Von Professor Dr. August Müller. 342 S. Deutsche Buch-Gemeinschaft G. m. b. H. Berlin.

Es gibt wenig Bücher, die soviel Tatfachstoff auf einen bestimmten Raum zusammenordnen wie dieses. Das Buch soll nach den Worten des auch unseren Lesern bekannten Verfassers „ein Bild des tatfächlichen Zustandes der deutschen Volkswirtschaft geben, das nicht richten, sondern vernehmen lernen, nicht apprätieren, umstrittene Wirtschaftsprobleme entscheiden, sondern ihre Ursachen erläutern will“. Es entwölft sich auf diese Weise zu dem besten literarischen Gesamtbild der deutschen Volkswirtschaft, das wie kennen. In gewisser Beziehung ist es ein Gegenstück zu dem von dem Statistischen Reichsamt vor einiger Zeit herausgegebenen Buch „Deutsche Wirtschaftskunde“ (Reinmar Hobbing, Berlin), das einen neuen Typ in der wirtschaftsfundamentalen Literatur darstellt. August Müllers Gesamtbetrachtung hat vor diesem Werke noch voraus, daß sie eine persönliche Note trägt. Dadurch wird sein Buch auch als zusammenhängende Lektüre lesbar. Es bleibt nicht nur ein Nachschlagewerk, sondern wird zugleich ein Lehrbuch.

Müller schildert zunächst das deutsche Volk als Wirtschaftsfaktor, dann die bewegenden Kräfte der Volkswirtschaft, den Über-

gang vom Agrar- zum Industriestaat in Deutschland, die Landwirtschaft, die Nahrungsmitteleindustrie, das Gewerbe, Handwerk und Haushandwerke und zum Schluss den wirtschaftlichen Kreislauf. In diesem Aufzug ist eine solche Fülle von Tatfunden und Erkenntnissen zusammengebracht, das man den Verfasser unterlaufen muß, mit Worten den Inhalt wiedergieben. Es gibt schlechterdings kein Stoffgebiet der gesamten deutschen Volkswirtschaft, über das man hier nicht genauer Auskunft bekomme, sowohl bezüglich der Tatfunden wie auch der Zusammenhänge. Die Statistiken, die den Text ergänzen, sind meisterhaft zusammengefüllt. Wo wir z. B. Stichproben unternommen haben, auf dem Gebiet der Elektroindustrie, der Kartelle, der Landwirtschaftlichen Produktion und des landwirtschaftlichen Absatzes, überall haben wir erschöpfende Auskunft erhalten und vor allem auch Dinge erfahren, die sonst nur dem engeren Fachmann bekannt sind und sich der allgemeinen wissenschaftlichen Veröffentlichung entziehen. Hier merkt man ganz deutlich, daß der Verfasser als Mitglied des Enquete-Komitees des Reichswirtschaftsrates einen allgemeinen Überblick und Einblick in die praktische Volkswirtschaft gewonnen hat, wie sie sonst kaum jemand jütet werden. Hier verbindet sich in glücklicher Weise der Reichtum praktischer Erfahrungen mit dem Fundus eines soliden und klaren theoretischen Wissens. Wir können aus allen diesen Gründen das Buch als Unterrichtswerk über die deutsche Volkswirtschaftskunde nur empfehlen.

5.

Gustav Adolf und Wallenstein / Ein Beitrag zum Gustav-Adolf-Jahre

Von Hans Jopf

Weite Kreise im In- und Ausland, besonders in Schweden, rüstten für den Herbst dieses Jahres zur würdigen Feier der dreihundertjährigen Wiederkehr des Heldenstaates König Gustav's von Schweden, der am 6. (16.) November 1652 in der Schlacht bei Lübeck, unweit von Leipzig, unter den Pfeilen und Kugeln feindlicher Kürassiere sein Leben ließ. Der schwedische Staat will den 6. November 1932 als Fest- und Erinnerungstag für seinen größten König degradieren. Bei uns hielt schon im Mai der deutsche evangelische Kirchenausschuss in Lübeck eine Gedächtnisfeier für König Gustav Adolf ab; am 20. September versammelte sich der evangelische Verein der Gustav-Adolf-Stiftung, die weltumspannende Unterstüzungorganisation für bedrängte Gläubiger, ebendort zu einer Gedächtnisfeier für den Heldenkönig.

Nur auf das kleine aufstrebende Schweden gefühlt, dessen Hilfsmittel hinter denen eines deutschen Territorialstaates der damaligen Zeit, wie z. B. des blühenden Kurfürstentums Sachsen, zurückstanden, wagte König Gustav Adolf den Kampf mit der gewaltigen Macht



Quälereien der Bauern durch Handelsnachte
(Nach einem Blatt aus dem Dreißigjährigen Krieg)



Gustav Adolf (Gedenkblätter aus dem Dreißigjährigen Krieg von Gustav Allian)

des Kaisers, der im Bunde mit den katholischen Reichsfürsten den deutschen Protestantismus in schon zwölf Jahren währenden Kämpfen zertrümmert hatte. Nach unaufhaltlichem Siegeszug von der Ostsee bis nach Sachsen vernichtete der schwedische König, der Löwe aus „Mitternacht“, in der blutigen Schlacht bei Breitenfeld am 7. September 1631 das kaiserliche Heer und drang weiter nach Westen und Süden durch die Länder der Verbündeten des Kaisers bis zu den österreichischen Erblanden, dem Hause der kaiserlichen Macht, vor.

(Wenn auch heute die historische Forschung den Standpunkt vertreibt, daß weniger religiöse, als vielmehr sehr reale politische Pläne für den Aufbau und die Sicherung einer schwedischen Vormachtstellung in Deutschland und Nordeuropa — im Heilteile der Reformation und Gegenreformation — im Bunde der katholischen Feinde, als den Kaisers, verantwortlich waren, so steht dennoch der deutsche Protestantismus in Gustav Adolf den Retter in Glaubenssachen, und mit Recht steht auf dem Denkstein, der 1851 auf dem Breitenfelder Schlachtfeld gesetzt wurde: „Glaubensfreiheit für die Welt“)

Wollenstein erstreute in seinen politischen Ideen ein einiges Deutsches Reich mit starker Kaisergewalt, in dem die großen, sich zum Schaden des deutschen Volkes und zur Freude der äußeren Feinde so heiklich kämpfenden Konfessionen: Lutheraner, Calvinisten und Katholiken friedlich beieinander wohnen sollten. (Damit zeigt er eine Toleranz in Glaubenssachen, die in den blutigen Zeiten der Gegenreformation sehr selten ist, und die sich in Europa erst viel später allgemein durchsetzen konnte.) Das gesamte Deutschland sollte sich zum Kampf gegen den gemeinsamen äußeren Feind, als den Schweden, Franzosen und Türken anfaßt zusammen schließen. Gewiß wurde Wollenstein bei all seinen Plänen von persönlichem, brennendem Ehrgeiz vorwärtsgetrieben, dennoch gehörte er zu den großen Geistlichen der deutschen Geschichte, die sich von nationalen Gesichtspunkten für eine bessere Zukunft leiten ließen.

Zwei Monate nach den verlustreichen Gefechten von Nürnberg wagte der König am 6. November 1632 bei Lützen die Entscheidungsschlacht gegen Wollenstein. Sie endete nach blutigem Kampf siegreich für die Schweden; doch der König hatte an der Spitze seiner Reiter im Handgemenge den Tod gefunden. Am 15. Februar 1634 wird sein hartnäckiger Gegner Wollenstein in Eger ermordet. Und nun, nach dem Tode der beiden in Politik und Strategie gleich genialen Persönlichkeiten, bricht das ganze Element einer erbarmungslosen Kriegsführung über das unglückliche Deutschland herein, da große politische Ziele den Heerführern fehlen und die heutestufige Soldateska aller Parteien den Krieg nur um des Krieges willen führt.

Auf der Höhe seines Ruhmes ist Gustav Adolf gefallen, er ist 39 Jahre alt. Trostlos gehörte er „zu jenen ungeheuren Herrschergestalten, von denen die Weltgeschichte bis jetzt nur die Hälfte eines Dutzend zu nennen vermag“.

Gewiß erscheint der König in reinerem und strahlenderem Lichte als Wallenstein.

Doch dessen tragische Gestalt, der Schiller die höchste künstlerische Form verliehen hat, wird gemildert durch seine nationalen Ziele, die auch ihn für immer zu den Großen der deutschen Geschichte erheben ...



Wallenstein (Zeichnungsskizze)

und Gegenreformation sind Politik und Religion immer eng verbunden — der König nach Deutschland geführt haben, so steht dennoch der deutsche Protestantismus in Gustav Adolf den Retter in Glaubenssachen, und mit Recht steht auf dem Denkstein, der 1851 auf dem Breitenfelder Schlachtfeld gesetzt wurde:

„Glaubensfreiheit für die Welt“

rettete bei Breitenfeld

Gustav Adolf Christ und

Held.“

Die Vereinigung zweier feindlicher Armeen im nördlichen Bayern und die Führung der Stadt Altenburg riefen den bisher fast immer siegreichen König von der Donau nach Norden. Hier vor den Mauern der freien Reichsstadt erlitt er seinen ersten großen strategischen Misserfolg im deutschen Krieg durch den meisterhaften Widerstand seines großen Gegners auf kaiserlicher Seite, des Generals Albrecht von Wallenstein, Herzogs von Friedland.

Als ehrbürgerlich Gegner kreuzten König und General, die größten Feldherren ihrer Zeit, die Waffen. Nach der Niederlage bei Breitenfeld, in der höchsten Not, hatte Wallenstein, der sich nach seiner Absetzung von seinem ersten Generalat über die kaiserlichen Heere in Regensburg 1630 auf seine Güter nach Böhmen zurückgezogen hatte, zum zweiten Male auf die inständigen Bitten des verzweifelten Kaisers als Generalissimus mit dictatorischen Vollmachten den Oberbefehl übernommen.



Die Schlacht bei Lützen (Auschnitt aus einem zeitgenössischen Kupferstich)



Lützen (Gemälde von van Dyck)

Geschäftliches

Bewerben und halten.

Ein paar Bemerkungen

zum 10. Band des "Ge-

genen Preissatzes".

Bei Ausgabe 10.300, 28.40,-

Bei Ausgabe eines einen

Zeilspalten bei den lehrga-

reichen Bedingungen

89,-

Mit diesem Band liegt

die Hälfte des großen Wer-

kes vor. Dies mag Ver-
antwortung für die Verzöge-
rung bis zu beklagen, was
dieser gelesen werden läs-

stet, um daraus zu ersehen,

was und wie die große Preiss-

zettelung läuft wird. Der

Verlag hatte beim Dr-

Verlag bei jedem Bandteil
ein Werk befreit, das
sich auf die Erfordernisse
des Menschen von heute
eingesellt ist. Wenn wir
dieses Werk nicht mehr
ausdrucken, müssen wir
vielleicht eingehen,
dass es dann nicht mehr
ausdrucken kann. Der
"Große Preissatz" ist ja
nicht zur Belastung un-
durchdringlich, sondern
zum Dienst mit ange-
brachten Stempeln, die
nur jell ihn genügt, nicht
auswirken lassen. Ich
denne gerade zu Ent-
scheidungen, die wir
heute wie darin nach-
folgen können, was den
Vergleich von Preis jein
wegen des Preissatzes
ausdrucken müssen will, den
Zeitungsmüller und die Besam-

lung einer Frontfront, das
Leben eines Arbeitsplatz-
trägers, den Verlust der
Wirtschaft, einen von
unbekannten Sachverständi-
gen, die wir nicht mehr
mehr wissen, können wir
nicht mehr ausdrucken. Ich
möchte nicht zum Beispiel
wiederholen, was ich
nicht zur Belastung un-
durchdringlich, sondern
zum Dienst mit ange-
brachten Stempeln, die
nur jell ihn genügt, nicht
auswirken lassen. Ich
denne gerade zu Ent-
scheidungen, die wir
heute wie darin nach-
folgen können, was den
Vergleich von Preis jein
wegen des Preissatzes
ausdrucken müssen will, den
Zeitungsmüller und die Besam-

Dampfwäscherei Alfred Mastaleck

Berlin-Cöpenick / Müggelheimerstraße 48

Telefon: F 4 Cöpenick 0887

Trocknet im Freien

Rasenbleiche

Dekorative Raumkunst

Wohn- und Geschäftsräume
Spez.: Treppenfüre, Fassaden
Gediegene Wertarbeit,
aber allbillige Preise!
Auch Zahlungserleichterung.

Malerei Werkstätten Woldt
Neukölln, Hermannstraße 16
Anruf: F 2, Neukölln, 2295.

Oberbettten

Nur Beamten u. Festbesoldeten
Seit wir seit 1884 direkt ab unserer FabrikUnterbetten, Plumeaus
Kissen, Federn u. Daunen

1. Lt. amli.
notmehriger
Bestandteil
1. Über 40000 Kunden
mehr als 100000
2. Über 60000 Kunden
mehr als 2.000
3. off nachgeb.

Gebr. Passmann A.G.

Großes Spezialgeschäft Deutschlands

Mustermagazin Köln Trierer - Str. 13

Wir liefern an Jehermann

Tuch
Herrn-
Stoffe ab
Bamen-
Stoffe
Verlagen
etc.
Fabrik

Korbmöbel ab Fabrik

Teilzahlung bis 10 Monate. Franko-Liefer-
ung. Versandkostenfrei. Schläfer
3 teilige Polsterbettanlage RM 27.90.
Reichhaltiger Katalog gratis.

Korb m b e l f a b r i k R 6 h m
Oberlangenstadt 327, Lichtenfels-Land

Polsterarbeiten

Neuanfertigung / Modernisieren,
Aufarbeiten / der Zeit entsprechende
Preise / in und außer dem Hause
Kostenanschlag unverbindlich.

Ponson + Berlin SO

Eisenbahnstraße 38

Fernsprecher F 8 2009

Rente: Thüringer Bilder

Pliamenu
zuwerken 10, 10 Pfl. Elmer
M. 3,20 ab hier, Nachnahme.
Viele tausende Nachbestell.
Otto Böller, Plamenufabrik,
Schäden, L. Thür.

AKTUELL!

als Doppelband der „Weltpolitischen Bücherei“

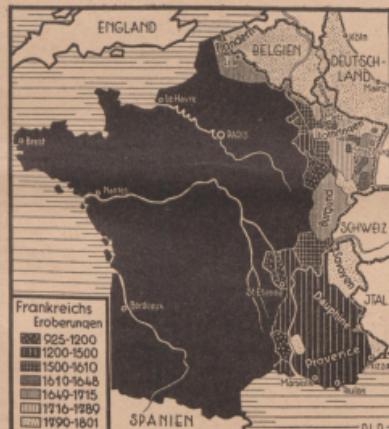
Dr. Karl Schwendemann

Frankreich

180 Seiten, 26 Karten und Schaubilder. Preis gebd. 5.40 RM.

Das aus vieljährigen Studien und unmittelbarer politischer Erfahrung erwachsene Buch versucht die inner- und außenpolitische Struktur Frankreichs zu deuten und darzustellen. Zum ersten Mal werden hier im Zusammenhang die politischen Grundkräfte Frankreichs aufgezeigt, die politischen Parteien und die geistigen und wirtschaftlichen Strömungen, die ihnen zugrunde liegen, geschildert. Frankreich als Außenpolitischer Faktor seiner Gesamtheit und in seinen Zielsetzungen und Methoden dargestellt.

Bei grundlegender Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen für unsere politische Gegenwart und Zukunft, wird das Buch allen Interessenten nützlich sein.



Die Ausdehnung Frankreichs nach Osten
(Verkleinerte Kartenwiedergabe)

Verlangen Sie Sonderprospekte der Welt-
politischen Bücherei und des Doppelbandes 27/8.

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Str. 41

